:antifaschistische nachrichten

Nr. 24

g 3336 4.12.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Verbot der HDJ prüfen

Berlin. Die CDU/CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion haben sich in einem gemeinsamen Antrag (http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/108/1610839.pdf) für einVerbot des Vereins „Heimattreue Deutsche Jugend e.V." (HDJ) ausgesprochen. Der Verein sei eine bundesweit tätige Jugendorganisation, die ein rassistisches Weltbild vertrete und durch eine rechtsextremistische Ideologie geprägt sei, so die Begründung beider Fraktionen.

Hinsichtlich der bekannt gewordenen Aktivitäten und der Zielgruppen zeigten sich Parallelen mit der 1994 verbotenen Wiking-Jugend. FDP, Grüne und Linke hatten zuvor in getrennten Anträgen die Bundesregierung ebenfalls bereits aufgefordert, ein Verbot der Organisation zu prüfen.

hib - heute im bundestag Nr. 322, 25. November 2008 ■

Abschaltung der V-Leute abgelehnt

Hamburg. Gegen die Stimmen lediglich der acht LINKEN-Abgeordneten hat die Hamburger Bürgerschaft am 29./20.11. den Antrag „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen", der u.a. das Verbot der NPD fordert, abgeschmettert.

Der Verfassungsschutz betonte im Innenausschuss, dass die V-Leute in der NPD auf keinen Fall abgeschaltet werden dürften, obwohl er dem Argument, dass, solange die V-Leute eben nicht abgeschaltet sind, weder die offen noch die durch die V-Leute zu erhaltenden Infos für ein Verbotsverfahren verwendet werden könnten, zustimme.

Das aufschlussreiche Ausschussprotokoll ist als Drucksache 19/1461 in der Parlamentsdatenbank http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/ nachzulesen.

Lokalberichte Hamburg 23-08 ■

Aus dem Inhalt:



US-Deserteur beantragt Asyl in der Deutschland **Bericht Seite 7**

Gegen die NPD hilft ihr Verbot – und kein Finanztrick

In den Kreisen der Minister des Innern zirkuliert derzeit ein Plan, „extremistische" Parteien von Gerichten das Prädikat „verfassungsfeindlich" aufzustempeln, um sie dann durch den Bundestagspräsidenten von der staatlichen Parteienfinanzierung ausschließen zu können. Noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages soll, so schlägt Minister Uwe Schünemann (CDU) aus Hannover vor, eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes erfolgen. Er verspricht sich davon ein „wirkungsvolles Instrument" des Vorgehens gegen die faschistische NPD.

Wie unzählige andere Demokraten auch, die 175.000-fach den Bundestag angerufen haben, um ein NPD-Verbot zu verlangen, strebt die VVN-BdA die unverzügliche Auflösung der NPD an. Dazu sind die grundgesetzlichen Voraussetzungen vorhanden, denken wir nur an den Artikel 139 zur „Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus". Im November 2007 legte die VVN-BdA dem Bundestag in ihrer Aktion „NoNPD" die besagten 175.000 Unterschriften für ein NPD-Verbot vor. Bisher behandelte er diesen Antrag nicht. Das muss unbedingt noch in dieser Legislaturperiode geschehen.

Die VVN-BdA NRW forderte nun die Landesregierung in Düsseldorf auf, den Appell „NoNPD" an den Bundestag zu unterstützen. Dies kann vor allem geschehen, indem das Land Nordrhein-Westfalen die Tätigkeit der Vertrauensleute des Innenministers innerhalb der NPD beendet, – Vertrauensleute nennt sie der Innenminister tatsächlich in seinem Verfassungsschutzbericht 2007. Die V-Leute sind Nazis, die keinerlei Vertrauen verdienen und natürlich auch keinerlei Alimentierung, zumal deren Honorare zumeist der NPD zufließen. (Herr Schünemann hat zu dieser Form der finanziellen Unterstützung des Staates für die NPD leider gar nichts ausgesagt.) Das V-Leute-System, auf das die meisten Innenminister nicht verzichten wollen, hat zu einer Bestandsgarantie für die Nazi-Partei geführt, indem es vom Bundesverfassungsgericht als Begründung für die Nichtbehandlung des Verbotsantrages gegen die NPD angesehen wurde. Ein solcher Verbotsantrag ist aber dringend geboten.

Die VVN-BdA schrieb an Jürgen Rüttgers: „Wir fordern Sie, Herr Ministerpräsident, auf, den Vorstoß zurückzuweisen, der aus den Reihen Ihrer Partei zur Verweigerung der Parteienfinanzierung in bestimmten Fällen kommt." Hier geht es zweifellos nicht um ein Vorgehen gegen die NPD, sondern um einen durchsichtigen Versuch, gegen demokratische Opposition vorzugehen, stellte die VVN-BdA fest. Wenn das die „politische Auseinandersetzung" mit der NPD sein soll, die auch die NRW-Politik immer wieder einfordert, dann Gute Nacht Demokratie.

Ulrich Sander
Bundessprecher der VVN-BdA ■

„Kerzenabend“ mit Mölzer

UNTERALLGÄU. Am Samstag, den 6. Dezember, soll ab 17 Uhr im „Raum Unterallgäu“ wieder der alljährliche „Kerzenabend“ stattfinden. Ehrengast und Festredner der „überparteilichen Vorweihnachtsfeier der Deutschgesinnten“, so die Einladung, soll in diesem Jahr der Europaparlamentsabgeordnete der FPÖ, Andreas Mölzer, sein. Als Kontaktadresse für die Veranstaltung, die u.a. in der „Deutschen Nationalzeitung“ beworben wird, ist eine Münchner Telefonnummer angegeben. *hma* ■

„Heldengedenken“ allerorten

NRW. Neonazis haben am diesjährigen „Volkstrauertag“ erneut an zahlreichen Orten im Rheinland und in Westfalen „Heldengedenken“ durchgeführt. So sammelten sich „Partei-gebundene und parteifreie Nationalisten“, wie es auf der Webseite der NPD NRW heißt, zu Gedenkveranstaltungen u.a. in Düsseldorf, Unna, Hamm, Mönchengladbach, Düren, Bonn, Leverkusen, Bochum-Wattenscheid, Vossenack, dem Hochsauerlandkreis, dem Kreis Steinfurt und dem Rhein-Sieg-Kreis. Etwa zwei Dutzend Personen aus Mönchengladbach und umliegenden Orten hatten sich im Mönchengladbacher Schmölderpark versammelt, wo ein Kranz der NPD mit der Aufschrift „Ewig lebt der Toten Tatenruhm“ niedergelegt wurde.

Hier hatten schon in den 80er Jahren FAP und „Wiking-Jugend“ alljährlich ihr „Heldengedenken“ durchgeführt. An einem Kriegerdenkmal im Bonner Park am Wittelsbacher Ring trafen sich etwa ein Dutzend „Nationaler Sozialisten“ um „dieser pervertierten Gedenkkultur Einhalt zu gebieten und den gefallenen Kameraden die Ehre zu erweisen“, schreibt ein „Kamerad Weber“ auf den Webseiten des „Aktionsbüro West“. Zu den Rednern in Bonn gehörte auch der Neonazi Axel Reitz. Der Sprecher der LINKEN Bonn forderte daraufhin in einem Brief an Oberbürgermeisterin Dieckmann, zu prüfen, wie dem „Heldengedenken der rechten Szene“ künftig in Bonn Einhalt geboten werden könne. *hma* ■

Neonazis störten Vortrag

KREFELD. Ein halbes Dutzend NPD-Anhänger mussten erst des Saales verwiesen werden, damit Mitte November eine Veranstaltung des Krefelder Jugendamtes über die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ in der Volkshochschule beginnen konnte. NPD-Kreisvorsitzender Lars Spönlein meldete daraufhin eine Spontandemonstration vor dem Gebäude an. Anhänger des extrem rechten „Krefelder Forums Freies Deutschland“ um den Ex-„Republikaner“ Dr. Hans-Ulrich Höfs versuchten Flugblätter zu verteilen. In den letzten Jahren waren Informationsveranstaltungen über die extreme Rechte an der Krefelder Volkshochschule immer wieder von Neonazis gestört worden. *peb*■

Vogt in Köln

KÖLN. „Zimmer frei für politisch inkorrekte Studenten“, heißt es – nebst einem Zitat von Ernst Jünger - in einer Anzeige der „Kölner Burschenschaft Germania“ in der „Jungen Freiheit“. Nach Jahren der Erstarrung bemüht sich die „Kölner Burschenschaft Germania“ offenbar wieder an extrem rechte Diskurse anzuknüpfen. Zu einer Veranstaltung am 30. Oktober hatten die Burschen den Historiker und Filmemacher Dr. Michael Vogt eingeladen. Vogts Thema: „Über Galgen wächst kein Gras. US-Folterjustiz vom Malmedyprozess bis Abu Ghraib“. Vogt hatte im vergangenen Jahr seine Tätigkeit als Honorarprofessor an der Universität Leipzig verloren, als bekannt wurde, das er – neben führenden Vertretern von NPD, DVU und sog. „Republikanern“ – eine Erklärung der extrem rechten ITS-Fraktion im Europaparlament unterzeichnet hatte. *abk* ■

Demo gegen Naziläden angekündigt

LUDWIGSHAFEN. Der Ortsbeirat des Ludwigshafener Stadtteils Süd sieht keinen Handlungsbedarf im Kampf gegen Rechts, das „Bündnis Ladenschluss“ dafür um so mehr. Für Samstag, den 17. Januar 2009 ist eine Demonstration gegen die Naziläden in der Stadt geplant. Aus diesem Anlass zogen am 22.11. 50 AntifaschistInnen durch die Ludwigshafener Stadtteile Süd und Mitte und verteilten etwa 3000 Flugblätter, verklebten Aufkleber zur Demo und kratzten Aufkleber der Nazis ab. Damit wurde die Bevölkerung über die rechte Szene und ihre Läden informiert und dazu aufgerufen, sich an der antifaschistischen Demo am 17. Januar zu beteiligen.

Diese Aktion wurde von einer beispiellosen Polizeiprovokation begleitet. Bereits in Mannheim wurden anreisende AntifaschistInnen von Zivilpolizisten observiert. Am Berliner Platz empfingen etwa 100 Einsatzkräfte mit Hundestaffel die TeilnehmerInnen der Aktion. Sie wurden eingekesselt und teilweise durchsucht. Am Rande wurden Platzverweise erteilt. Nach Gesprächen mit der Einsatzleitung wurde ein Verteilen der Flugblätter unter Polizeibegleitung gestattet. Es zeichnete sich ein absurdes Bild ab, als die 50 AntifaschistInnen in Begleitung von etwa 50 bis 100 PolizistInnen der Bereitschaftspolizei durch die Stadt zogen.

Eine Sprecherin des AK Antifa Mannheim und Teilnehmerin der Aktion: „Menschen, die gegen Nazis aktiv werden, Flugblätter verteilen und Nazipropaganda entfernen, derart in ihrer Arbeit zu behindern, ist nicht nur politisch fatal, sondern schlicht skandalös. Zwischen den Beamten herrschte Uneinigkeit. Während wir uns teils unverschämte Drohungen anhören mussten, hatte der Einsatzleiter immer wieder Schwierigkeiten, seine aggressiven Kollegen in den Griff zu bekommen. Dieses Verhalten spiegelt ein politisches Klima wider: Während AntifaschstInnen schikaniert und bei ihrer Arbeit behindert werden, agieren die Rechten offen in der Stadt. Dies zeigt nicht nur die Etablierung der mittlerweile öffentlich beworbenen Naziläden und der Angriff vom 6.11. an der FH. Auch wurde heute wieder vor der Kneipe „Blocksberg“, dem Laden „Streetwear Company“ und vor der Wohnung von Malte Redekers Polizeischutz abgestellt. Wir haben uns hingegen darüber gefreut, dass sich einige Jugendliche durch die Polizei nicht abschrecken ließen und spontan dabei mithalfen, die zahlreichen Naziaufkleber in der Stadt zu entfernen.

Als erstes Ergebnis des Tages halten wir fest: Wir lassen uns nicht einschüchtern und setzen unsere Arbeit gegen Rechts fort. Mit einer Demonstration wollen wir als Teil des Bündnisses Ladenschluss unsere Strategie weiter verfolgen. Wir wollen ein antifaschistisches Klima in Ludwigshafen schaffen, in dem sich die Nazis nicht wohl fühlen. Die Schließung ihrer Läden ist ein wichtiges Ziel auf diesem Weg. In der politischen Szenerie der Stadt hat sich bereits die Spreu vom Weizen getrennt. Während Ortsvorsteher Heller (CDU) noch immer versucht, das Problem klein zu reden, haben sich dem Bündnis Ladenschluss bereits zahlreiche Gruppen und Organisationen aus verschiedenen politischen Spektren angeschlossen.“ Die Demonstration am 17. Januar beginnt mit einer Auftaktkundgebung um 13 Uhr auf dem Vorplatz des Rathauscenters (Lichttor). Informationen zum Bündnis Ladenschluss und seiner Arbeit finden sich im Internet unter der Adresse www. ladenschluss-ludwigshafen.de Der vorerst letzte Vortrag unserer Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Der Nazis neue Kleider“ findet am 4.12. ab 19 Uhr in der Aula der FH statt. Weitere Veranstaltungen sind in Planung.

aus Pressemitteilung des AK Antifa Mannheim vom 22.11.2008 ■

NPD Hessen kandidiert zur Landtagswahl

FRANKFURT/WÖLFERSHEIM. Auf einem eilig einberufenen Landesparteitag in Wölfersheim hat die NPD Hessen eine Landesliste für die vorgezogene Neuwahl des Landtages im Januar aufgestellt. Zum Spitzenkandidaten wurde der 33-jährige Frankfurter Stadtverordnete und hessische Landesvorsitzende Jörg Krebs gewählt. Auf Platz zwei folgt der Fraktionsvorsitzende der NPD im Wetterauer Kreistag, Volker Sachs (Wölfersheim). Listenplatz drei belegt mit Ursula Schäfer (Vogelsbergkreis), eine Kandidatin der DVU. Auf Platz vier wählten die Delegierten den Landesgeschäftsführer und Wetterauer Kreistagsabgeordneten Daniel Lachmann (Büdingen). Platz fünf ging an das NPD-Landesvorstandsmitglied Daniel Knebel (Rodenbach), Platz sechs an den Landesvorsitzenden der hessischen DVU, Gerald Wissler (Mainhausen). Die hessischen Jungen Nationaldemokraten (JN) sind durch ihren Landesvorsitzenden, den Wetterauer NPD-Kreistagsabgeordneten Stefan Jagsch (Altenstadt) auf dem neunten Platz. Insgesamt wurden sechzehn Leute aufgestellt.

Um zugelassen zu werden, ist die NPD auf 1000 Unterstützungsunterschriften angewiesen.

Quelle: Presseinfo NPD LV Hessen ■



„Pro Köln" protestiert gegen ‚islamistische' Teddybären

„Einfach nur noch gaga" titelt die BILD-Zeitung vom 28.11. – Pro Köln laufe jetzt schon gegen Teddys Sturm ... Was war passiert? Es ist eine Kölner Tradition, dass der Kaufhof zur Weihnachtszeit seine Schaufenster mit Steiff-Tieren dekoriert, sie in verschiedene Landschaften stellt, diesmal sind es Szenen nach den Märchen aus 1001 Nacht. Auf der Internetseite moniert „Pro Köln" diese „Sorglosigkeit im Umgang mit der Verharmlosung der Islamisierung" und berichtet über Beschwerden an die Galeria Kaufhof, die diese politisch nicht ernst nehme. Obwohl Weihnachten doch ein christliches Fest sei, heißt es weiter, stünde es hier im Zeichen des Orients mit Moschee samt Kuppel und Minarett und Bären mit Schleier und Turban! Mal abgesehen davon, dass die ersten Christen nicht im Teutoburger Wald lebten und hier doch einige Theoriedefizite bei „pro Köln" vorzuliegen scheinen, ist diese neueste Kampagne der „Bürgerbewegung" so lächerlich, dass wir die Skandalfotos unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten wollten...

Hähnel zu Geldstrafe verurteilt

BERLIN. Am 24. Oktober stand der Berliner NPD-Landesvorsitzende Jörg Hähnel vor dem Amtsgericht Tiergarten. Er war auf Grund seiner provokatorischen Äußerungen am 13. Dezember 2007 in der Lichtenberger BW angeklagt. Dort hatte er als Abgeordneter nicht nur die Umbenennung des Anton-Saefkow-Platzes in „Waldemar-Pabst-Platz" (Waldemar Pabst befahl den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg) gefordert. Er unterlegte das auch noch mit einer Rede, die den Mord als „entschlossene Tat", die „politisch geboten" und „von der deutschen Geschichte" als „förderlich legitimiert" sei, darstellte. Zwar ist Hähnel in der Vergangenheit nicht nur mit seinen nationalistischen Liedern sondern auch mit anderen volksverhetzenden Auftritten bekannt geworden. Diesmal übertraf er in seiner Wortwahl selbst die schlimmsten Erwartungen zu seiner Rede, die er auch im Internetforum angekündigt hatte. Nicht nur die Proteste in der BW, sondern auch Anzeige und Anklage waren deshalb voll gerechtfertigt. Die Staatsanwältin forderte auch auf Grund der zahlreichen Vorstrafen sechs Monate Haft auf Bewährung. Die Verhandlung wurde mit dem Auftritt des Nazianwalts Wolfram Narath, der Hähnel voll unterstützte, zur erneuten Provokation. Erstaunlich milde dann doch das Urteil: wegen „öffentlicher Billigung von Straftaten" wurde Hähnel zu 4500 Euro Geldstrafe verurteilt.

Newsletter DIE LINKE – BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus, 11-2008 ■

Ehrenfeld, 13. Dezember 2008: Gegen Pro Köln und ihre rassistische Hetze

KÖLN. 2008 war bisher kein gutes Jahr für den Rassistenverein, der sich „pro Köln" nennt: Waren die Rechtsausleger um Markus Beisicht und Manfred Rouhs zu Beginn des Jahres mit der Ankündigung eines Anti-Islamisierungskongresses, an dem sich angeblich ein großer Teil der europäischen Rechtsaußenprominenz beteiligen würde, fulminant gestartet, wurden die Ergebnisse der braunen Bemühungen immer kläglicher. Aufgrund des Widerstands zehntausender Demokrat(inn)en konnte die für den 19. und 20. September vollmundig beworbene Aktion nicht stattfinden – die wenigen Unentwegten verloren sich auf dem weitgehend menschenleeren Heumarkt. Vorher hatte der prominenteste Gast, der Chef des französischen Front National, Jean-Marie Le Pen dementiert, der Kölner Chaos-Truppe jemals eine Zusage gemacht zu haben, was auch nicht gerade für die Seriosität der Beteiligten sprach. Einen Prozess gegen den Antifaschisten Gottfried Schweizer verloren der Jurist Beisicht und seine Anwältin, die pro Köln Funktionärin Judith Wolter mit Glanz und Gloria. In einer weiteren Auseinandersetzung, in der es darum ging, ob der Ehrenfelder pK-Bezirksvertreter Täubner Mitglied der neonazistischen Schwarzen Front gewesen sei (was Beisicht natürlich bestreitet, Dokumente aber belegen), lassen die Rassisten es sicherheitshalber nicht einmal auf einen Prozess ankommen. Letztes Glied in der Kette der Misserfolge war die großartig beworbene „Mahnwache" am 8. November vor der Moschee an der Venloer Straße: Obwohl es kaum organisierte Gegenaktionen gab, mussten die pro Köln-Fans ihre Aktion nach einer Stunde abbrechen und den Antifaschist(inn)en Platz machen. Sieger sehen anders aus.

Das hindert die sogenannten Rechtspopulisten aber nicht, ihre Provokationen immer wieder zu starten, angetrieben vermutlich von der Hoffnung, der Widerstand derjenigen, für die rassistische Demagogie und Hetze keinen Platz auf Kölner Straßen haben darf, würde irgendwann erlahmen. Auch für den zweiten Samstag im Dezember, den 13.12. kündigt pro Köln wieder eine Mahnwache vor der DITIP-Moschee an. Sie wollen sich um 11.00 Uhr treffen, um eine

„Samstagsdemo“ durchzuführen. Eingeladen dazu ist der rechte fraktionslose Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche aus Sachsen. Angeblich hat er bereits zugesagt – seit dem Fall Le Pen allerdings sollte man solche Zusagen mit einer gewissen Vorsicht genießen.

Aber nicht nur der Abgeordnete will am 13. dabei sein: Das „Bündnis gegen Pro Köln“, dass im September die Blockade des Heumarktes organisierte, ruft dazu auf, den Rechten die braune Suppe zu versalzen. Alle diejenigen, die nicht zulassen wollen, dass Ehrenfeld wieder einmal der Schauplatz eines rassistischen Aufmarschs unter dem Deckmantel einer angeblichen Islamkritik wird, sind eingeladen, sich **am Samstag, dem 13. November um 10.00 Uhr an der Venloer Straße/Ecke Innere Kanalstraße** an einer lauten und phantasievollen Aktion gegen den Versuch, den türkischen Teil der Bevölkerung auszugrenzen, zu beteiligen. Ziel wird sein, wenn möglich Pro Köln für ihre Hetze keinen Platz zu lassen. Lassen wir das Jahr 2008 für Pro Köln mit einer weiteren schmerzhaften Niederlage enden. *tri* ■

Jugendprojekte gegen Aufmarsch am 6.12.

BERLIN. Neonazis wollen am 6. Dezember 2008 bereits zum sechsten Mal in Berlin für ein „nationales Jugendzentrum“ aufmarschieren. Projekte der Berliner Kinder- und Jugendfreizeit haben dazu aufgerufen, „diesen braunen Visionen“ Vielfältigkeit entgegen zu setzen: „Wir, MitarbeiterInnen und NutzerInnen von SchülerInnenclubs, Jugendfreizeiteinrichtungen und Projekte der Straßensozialarbeit mit Jugendlichen stehen für eine Arbeit mit und einen Umgang zwischen jungen Menschen gemäß demokratischer, toleranter und menschenrechtlicher Prinzipien. Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und soziale Ausgrenzung haben keinen Platz. Gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen rufen wir zu vielfältigem und entschiedenem Protest gegen das Vorhaben der Neonazis am 6. Dezember und einen möglichen weiteren Aufmarsch am 13. Dezember auf.“ Infos: www.berliner-jugendfreizeit-gegen-rechts.de

Die Neonazis treffen sich um 11 Uhr am S-Bhf Karlshorst (Bezirk Lichtenberg), erwartet werden ca. 1.000 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet. AntifaschistInnen werden versuchen den Aufmarsch zu blockieren. Treffpunkte sind:

10.00 Uhr S-Bahnhof Karlshorst (S3) und 11.00 Uhr U-Bahnhof Tierpark (U5): hier ist ab 11.00 Uhr eine Kundgebung angemeldet!

Aktuelle Infos: http://dezember.neukoelln.antifa.net/ Antifa-Bündnis gegen den Naziaufmarsch am 6. Dezember in Berlin ■

Braunes Erlebniswochenende in Bayern

Bayerische Neonazis nutzten das Wochenende 15./16.11. zur Verherrlichung des Nationalsozialismus. Dabei konnten sie wählen zwischen dem „Heldengedenken“ an Kriegsgräbern, Aufmärschen und einem internationalen Rechtsrockkonzert der „Hammerskin Nation“.

GRÄFENBERG. In Gräfenberg hielten die fränkischen Neonazis um den Fürther Matthias Fischer – trotz ihres derzeitigen Zwists mit der NPD – an ihrem Aufmarsch fest. Keine 50 Rechten folgten jedoch dem Aufruf und marschierten am Samstag in die Stadt hinauf. Über 300 BürgerInnen aus Gräfenberg und Neonazi-GegnerInnen aus Nürnberg ließen sich durch die vorangegangene polizeiliche Droh-Rhetorik und das martialische Aufgebot vor Ort nicht spalten oder abschrecken, und protestierten gemeinsam gegen den Terror von rechts in der kleinen, mittelfränkischen Gemeinde. Unbekannte hatten das kriegsverherrlichende Denkmal (das abgeriegelte, eigentliche Ziel des neonazistischen Aufmarsches) im Vorfeld mit pinker Farbe übergossen.

MÜNCHEN. In München marschierten ca. 150 Neonazis unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Soldaten“ auf. Die Veranstalter um Philipp Hasselbach und ihr Anwalt Norbert Schmidt (Germering) hatten den Aufzug in zweiter Instanz vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München durchgeklagt. Mitveranstalter Mike Nwaiser wartete auf ca. 70 Neonazis am „Vorabtreffpunkt“, dem Ausgang Arnulfstraße am Hauptbahnhof. Um 12.10 Uhr fuhren sie dann mit U-Bahnen über die Station Sendlinger Tor zum Goetheplatz. Bis zum Beginn gegen 13 Uhr trafen dort noch Neonazis vom Park&Ride-Platz in Fröttmaning kommend ein.

Beim Aufmarsch anwesend waren unter anderem der Anmelder des Aufmarschs am 13.6.08, Sven Grams, Patrick Bernstein, Björn-Christopher Balbin (BIA), Sebastian Deisl („Freie Kräfte Erding“), Robert Dietrich (NPD Freising), „Feldherren“-Schlagzeuger Aris Delestathes sowie die „Kameradschaft München-Südost“ (KMSO). Der „Freie Nationalisten München“-Aktivist Manuel („H.Amas“) Heine trug während der ganzen Aktion einen von der Polizei unbeanstandeten „Support Hamas“-Button. Gegen Ende der Veranstaltung traf auch noch Renate Werlberger (NPD) ein. Von auswärts reisten unter anderem Daniel Hillmann (Langenau) und Kameradschaftsaktivisten aus dem Raum Ulm an.

Der Regensburger NPD-Kreisvorsitzende Willi Wiener (Wörth an der Donau) hatte sich einen schwarzen Kapuzenpullover übergezogen und führte einen kleinen Trupp KameradschaftsaktivistInnen („Autonome Nationalisten Regensburg“) an, darunter auch die aus der NPD ausgetretene, frühere stellvertretende JN-Landesvorsitzende Martina Maal. Martin A., Aktivist der militanten „Anti-Antifa Nürnberg“, fotografierte – von der Polizei unbehelligt – wieder GegendemonstrantInnen und MedienvertreterInnen.

Als Redner traten Mike Nwaiser, Philipp Hasselbach, Roland Wuttke und Karl Richter auf, der ebenfalls angekündigte Julian Engels (Essen) war nicht erschienen. Ständig wurden die bewaffneten Organe des Nationalsozialismus verherrlicht, z. B. auf Transparenten und in Sprechchören wie z. B. „Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht“. Das alte nationalsozialistische Ritual, wonach am „Heldengedenktag“ die ums Leben gekommenen Soldaten der einzelnen Waffengattungen der Wehrmacht angerufen werden, wurde von Philipp Hasselbach übernommen. Die Versuche, das „Deutschlandlied“ in drei Strophen sowie „Ich hatt‘ einen Kameraden“ zu singen, blieben Versuche.



Am Vormittag hatten 500 AntifaschistInnen auf einer Kundgebung des „Bündnis gegen Naziaufmärsche“ auf dem Marienplatz mit einer Kundgebung protestiert. Im Anschluss daran riegelte die Polizei den Marienplatz vollständig ab, größere Gruppen von TeilnehmerInnen konnten den Marienplatz nicht mehr verlassen.

Einige wenige entstehende Rangeleien wurden zum Anlass für größere Einkesselungen und zahlreiche Festnahmen. Die von der Polizei dabei gegenüber der Presse ursprünglich erhobenen Vorwürfe der Körperverletzung und ähnlichem werden mittlerweile nicht mehr aufrecht erhalten. Mit dem einfachen Verweis auf angeblichen „Landfriedensbruch“ oder „Vermummung bei früheren Naziaufmärschen“ wurden am Nachmittag mindestens 89 Personen in Gewahrsam genommen. Entlang der Route gab sich die Polizei größte Mühe, keine wirkungsvollen Proteste in der Nähe des Neonazi-Aufmarschs zuzulassen. Dies bedeutete faktisch eine Abriegelung großer Innenstadtbereiche. Kleine Blockaden wurden ruppig auseinandergetreten, zwei Sitzblockaden auf der Sonnenstraße umgangen.

MÜNCHEN UND PASSAU. In München setzten die Neonazis ihr „Heldengedenken“ am Sonntag fort. Auf der zentralen Kriegsgräberstätte des Friedhofes in Fürstenried tauchten zehn Neonazis der „Freien Nationalisten“ auf. In Passau nahmen sieben Funktionäre der NPD an der Gedenkfeier der Stadt Passau zum Volkstrauertag teil.

RAUM ALTÖTTING. Andere Neonazis setzten zum „Heldengedenken“ mehr auf Party und Rechtsrock. So mobilisierten Kreise der bayerischen Hammerskins um Erich Kaiser zu einem internationalen Rechtsrockkonzert. Prompt fehlten auch die „Hammerskin“-Aktivisten aus München. die sich in der Gruppierung „Straight Hate Munich“ organisieren, beim Aufmarsch ausnahmslos. Schleusungspunkt für das konspirative Konzert war an der Autobahnabfahrt Altötting.



Der ursprüngliche Konzertort sollte das „Gasthaus Gruber“ im oberbayerischen Halsbach sein, dieses stand jedoch nach einem Suizidversuch von Wirt Alois Gruber jun. am Mittag nicht mehr zur Verfügung. Einige Neonazis scheinen – an den Behörden vorbei, die sich auf wenige Kontrollen beschränkten – an einen Ersatzort geleitet worden sein. Über den Auftritt der Bands „Untergrundwehr“, „Racial Purity“, „Varger I Veum“ und „System Infarkt“ wird in Szeneforen gelästert: „war ohne Übertreibung die schlechteste Veranstaltung, die ich je besucht habe“.

www.aida-archiv.de ■



Am Marienplatz riefen alle RednerInnen mehr oder weniger energisch dazu auf, „sich den Nazis in den Weg zu stellen“, wie es Grünen-Stadtrat Siegfried Benker ausdrückte, der sich auch gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen wandte und sagte: „Die kriminellen sind die Neonazis!“. Benker wies darauf hin, dass das neue bayerische Versammlungsrecht offensichtlich nicht – wie von der Staatsregierung stets betont – ausreichende Handhabe gegen neonazistische Umtriebe bietet. Während der Sprecher der Antifa NT (vom Band) den gesellschaftlichen Kontext des Nazi-Gedenkens thematisierte, glaubte Harald Pürzel von Verdi in dem VGH-Urteil, das den Aufmarsch letztlich ermöglicht hatte, „Staatsversagen“ zu erkennen. Dass der Staat nicht versagt hat, sondern „bestens“ funktionierte, sollte an diesem Tag die Polizei demonstrieren. Bereits vor Ende der Kundgebung verließen zahlreiche AntifaschistInnen angesichts der fortschreitenden Zeit den Platz vor dem Rathaus. Andere, die länger blieben, wurden beim Verlassen von der Polizei als „unangemeldete Demonstration“ gewertet, eingekesselt und zum Teil wegen angeblichem Widerstand und/oder Landfriedensbruch festgenommen.Die Polizei setzte Pfefferspray und Schlagstöcke ein.

Text (Auszug) und Bild www.luzi-m.org ■

Stadt untersagt Verlegung einer Gedenkplatte

LEVERKUSEN. Mit einer kleinen Kundgebung am Freitag, 14.11. wurde gegenüber dem Tor 1 des Chemieparks in Leverkusen an die Verbrechen der Wirtschaft in der Nazizeit erinnert. Die Teilnehmer machten auf Transparenten und Plakaten den Anlass deutlich: „Kein Vergeben – Kein Vergessen: Täter haben Namen und Adressen, hier konkret: IG Farben/Bayer“, „An den Aktien klebt Blut“ oder „Sie förderten die Nazis. – Sie profitierten von den Nazis“.

Im Rahmen dieser Kundgebung wollte die Kulturvereinigung Leverkusen e.V. vor dem Tor eine Gehwegplatte verlegen, die mit der Inschrift „1933 – 1945 IG Farben Verbrechen der Wirtschaft“ an die Verantwortung der IG Farben und der aus ihr hervorgegangenen Nachfolgebetriebe erinnern sollte. Dies wurde von der Stadt nicht genehmigt.

Die Aktion fand im Rahmen der Rallye „Verbrechen der Wirtschaft“ statt, die von der VVN – Bund der AntifaschistInnen NRW gestartet wurde. Mit der Kundgebung vor dem ehemaligen Haupttor der IG Farben-Betriebsgemeinschaft Niederrhein, sollten besonders auch die heutigen Mitarbeiter der dortigen Chemiebetriebe, u.a. Bayer, angesprochen werden.

In einem an sie verteilten Flugblatt wurden, unter der Überschrift „Wir erinnern an die ‚Verbrechen der Wirtschaft‘ 1933 – 1945 IG Farben – ehemals und heute wieder Bayer“, geschichtliche Hintergründe vermittelt und die bewusste Unterstützung der Nazis durch die IG Farben geschildert.

Ulrich Sander, Bundes- und Landessprecher der VVN-Bund der AntifaschistInnen machte in seiner Rede deutlich, dass es gut und wichtig sei an die Opfer der Nazis zu erinnern, jedoch die Täter – wie die aus den Chefetagen von Banken und Industrie – dürften nicht verschwiegen werden. Deshalb sei diese Rallye notwendig, hätten doch jene Kreise bis heute wenig für die echte Darstellung ihrer Einbindung in das faschistische Terrorsystem getan.

Axel Köhler-Schnura von der Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) nahm aus der Erfahrung der langjährigen Arbeit zur heutigen Konzernpolitik Stellung und forderte auf, aktiv für humane gesellschaftliche Verhältnisse zu streiten – gegen die ungebremste Profitjägerei.

Die Kulturvereinigung Leverkusen e.V. - die am frühen Nachmittag an den Gräbern der Zwangsarbeiter und am Gedenkstein für die Opfer der Gewaltherrschaft 1933 -1945 auf dem Manforter Friedhof Blumen niedergelegt hatte – wird sich weiterhin für die Verlegung der Gehweggedenkplatte vor Tor 1 einsetzen.

Kulturvereinigung Leverkusen e.V.. 15. November 2008 ■

Bundesregierung soll für Nazi-Massaker in Italien und Griechenland zahlen

Prozess der „Gebirgstruppe“ gegen die VVN-BdA wurde abgesagt

Deutschland wurde von höchsten italienischen Gerichten verurteilt. Doch Merkel und Berlusconi haben sich gegen die Opfer der NS-Kriegsverbrecher aus der Gebirgstruppe verbündet. Gleichzeitig wurde bekannt: Der Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. musste seine Widerrufsklage gegen Ulrich Sander von der VVN-BdA zurückziehen.

Das Urteil des obersten italienischen Gerichtshofes gegen Deutschland und seine NS-Täter fanden viele Medien zunächst sympathisch und unzulässig zugleich. Deutschlands Regierung sei aber verpflichtet, „so gut sie kann auf die Familien der Opfer zuzugehen.“ So kommentierte z. B. die Süddeutsche Zeitung am 23. Oktober. Am 19. November betonte die Zeitung, die übrigens große Verdienste bei der Aufdeckung deutscher Verbrechen an Italienern hat, dass sie überhaupt keine Verpflichtung Deutschlands mehr sieht. Viele Medien unterstützen die Verabredung der Bundeskanzlerin und des italienischen Ministerpräsidenten, gegen das Urteil aus Rom mit einer Klage in Den Haag vorzugehen. Und es wurde etwas ins Spiel gebracht, auf das noch niemand kam: Die Behauptung, nicht nur Naziopfer könnten nun gegen den deutschen Staat klagen, sondern das Prinzip der Staatenimmunität werde dann insgesamt aufgehoben. Soll endlich ein Schlussstrich unter die deutschen Jahrtausendverbrechen gezogen werden? Oder ist ernstlich damit zu rechnen, dass die Kolonialmächte von den Nachkommen der Opfer vor Gericht gebracht werden? Die Indianer und Nachfolger der Sklaven contra Christoph Columbus sowie die maritimen Mächte? Dies Argument wurde erfunden – warum? Um den Nationalsozialismus und seinen Vernichtungskrieg in ein milderes Licht zu tauchen? Die anderen haben doch auch! – das Argument kannten wir bisher nur aus der ultrarechten Ecke.

Und wenn Deutschland nicht zahlen soll, was dann? Wird es dann wenigstens die Täter bestrafen? Oder die Verurteilten nach Italien ausliefern?

Auch das geschieht nicht. Ein einziger von Hunderten noch lebenden schwerbelasteten Gebirgsjägern, Wehrmachts- und SS-Soldaten steht derzeit in München vor Gericht. Was gar nicht nötig wäre, würde Deutschland nicht die italienischen Gerichte wie Einrichtungen einer Bananenrepublik behandeln. Denn jener Sepp Scheungraber aus Ottobrunn ist in Italien schon zu lebenslänglich verurteilt worden, – warum ihn also nicht ausliefern?

Wenn die Bundeskanzlerin nicht zahlen will, warum unternimmt sie nicht alles, um die eng der Wehrmachtstradition verbundene Organisation Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V., dem viele der mutmaßlichen Kriegsverbrecher angehören, zu isolieren? Rund 800 Gebirgssoldaten der Wehrmacht haben einst die deutschen Staatsanwaltschaften ermittelt, die am Massaker an 5000 italienischen entwaffneten Kriegsgefangenen auf der Insel Kefalonia teilnahmen. Kürzlich hat ein Münchner Gericht auch den letzten Mörder von Kefalonia freigesprochen, weil man es nicht Mord, sondern die Tötung von „Verrätern“ nennen könne, was geschah. So hatte schon Goebbels die italienischen Soldaten bezeichnet, nachdem sie 1943 aus dem Krieg austraten.



Die Bundesregierung geht nicht auf die Opfer, sondern auf die Täter zu. Deren Kameradenkreis wurde auch in der „Süddeutschen“ von Experten „Selbsthilfegruppe für Kriegsverbrecher“ genannt, und eine Probe seines Könnens bei der Zeugenbeeinflussung gab er in diesen Wochen, als bekannt wurde, wie die Juristen des Kameradenkreises Zeugen für den Scheungraber-Prozess präparierten. Das Bundesverteidigungsministerium lässt durch seinen Staatssekretär Christian Schmidt (CSU, Kameradenkreismitglied) immer wieder versichern (auf Anfrage der LINKEN), dass die deutsche Gebirgstruppe keine „verbrecherische Vergangenheit“ habe; allenfalls seien einzelne Soldaten schuldig geworden. Aber gegen sie könne man nichts unternehmen, weil man die Mordmerkmale nicht individuell nachweisen könne. (So die zuständige Stuttgarter Staatsanwaltschaft). Wenn eine Horde von Männern mit dem Edelweiß an der Mütze das Dorf Kommeno in Griechenland mit fast allen Einwohnern – gleich Hunderten Dörfern – niedermacht, dann war der Einzelne kein Mörder? Dann doch wenigstens der Kommandeur? Doch das war Oberstleutnant Reinhold Klebe, und der wurde bei der Bundeswehr-Gebirgstruppe wieder ein hohes Tier.

Wann trennt sich die Bundesregierung endlich vom Kameradenkreis? Wann greift die Kanzlerin endlich ein – angesichts der Tatsache, dass Christian Schmidt total befangen und überfordert ist, im Namen der Regierung zum Kameradenkreis Stellung zu nehmen? Wann werden die italienischen Ex-Militärinternierten, die als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt wurden – darunter Überlebende von Kefalonia – endlich entschädigt, so wie die anderen Zwangsarbeiter auch? Die Zwangsarbeiter aus aller Welt wurden entschädigt, aber nicht jene aus Italien und die Russen aus den Kriegsgefangenenlagern – es waren einfach zu viele. Wann hört der gespenstische jährliche Zauber auf dem Hohen Brendten bei Mittenwald auf, wo die Bundeswehr gemeinsam mit dem Kameradenkreis die Würdigung der Mitkämpfer beim Vernichtungskrieg vornimmt?

Selbst wenn die Regierung das Urteil des höchsten italienischen Gerichtshofes nicht umsetzen will, weil sie für so etwas kein Geld hat, denn sie braucht es ja für neue Kriege – was hindert sie daran, endlich wenigstens den Opfern gegenüber ein Mindestmaß an Respekt an den Tag zu legen?

Gefordert ist natürlich auch die bayerische Landesregierung, nachdem das Kameradenkreismitglied Stoiber nun nicht mehr Ministerpräsident ist und Herr Beckstein nicht mehr seine Polizei zum Schutz des Kameradenkreises gegen protestierende Antifaschisten, darunter auch italienische und griechische NS-Opfer, einsetzen kann. Die Gebirgstruppe wurde immer als eine Art bayerische Armee angesehen. Wann ist endlich Schluss damit?

Ein Erfolg in der Auseinandersetzung mit dem Kameradenkreis der Gebirgstruppe e.V. konnte in diesen Tagen verbucht werden. Der Kameradenkreis zog seine Widerrufsklage gegen die VVN-BdA zurück, deren Bundessprecher Ulrich Sander darf nun wieder auf die NS-Vergangenheit des Kameradenkreises hinweisen und sagen, dass an den Treffen des Kameradenkreises auch Kriegsverbrecher teilnehmen. Der Prozesstermin gegen Ulrich Sander am 2. Dezember 2008 in Nürnberg wurde aufgehoben.

Ulrich Sander
Bundessprecher der VVN-BdA ■

US-Deserteur beantragt Asyl

Auf einer Pressekonferenz, die am 27.11. in Frankfurt am Main stattfand, hat zum ersten Mal ein US-Deserteur, der im Irakkrieg eingesetzt worden war, Asyl in Deutschland beantragt. Mit seiner Asylantragstellung beruft André Shepherd sich auf die sogenannte Qualifizierungsrichtlinie der Europäischen Union, die einen Schutz vor Verfolgung für einen Deserteur vorsieht, wenn „der Militärdienst Verbrechen oder Handlungen umfassen würde", die völkerrechtswidrig sind. Wir dokumentieren die Erklärung von André Shepherd auf der Pressekonferenz in Frankfurt.

Mein Name ist André Shepherd. Ich war Mitglied der US-Armee, bis mir klar wurde, dass mein Gewissen mir nicht länger erlaubt, dort weiter zu dienen. Ich bin zur Zeit unerlaubt abwesend (AWOL) und werde in Deutschland politisches Asyl beantragen. Ich bitte Sie für dieses schwierige Unterfangen um Ihre Unterstützung.

Im Januar 2004 ging ich zur Armee, begann als einfacher Soldat und arbeitete mich zum Spezialisten hoch, bis ich meine Einheit im Juni 2007 verließ. Die meiste Zeit meines Dienstes war ich in Katterbach (Deutschland) beim 412. Luftwaffenunterstützungsbataillon stationiert. Von September 2004 bis Februar 2005 wurde ich mit meiner Einheit in den Irak versetzt. Dort lautete mein Auftrag, Hubschrauber des Typs Apache AH-64 zu reparieren und instand zu halten. Sie wurden dann benutzt, um die Infanterie zu unterstützen oder „feindliche Kämpfer" zu finden und zu vernichten.

Mein Job schien harmlos zu sein, wenn man nicht berücksichtigt, welche Zahl von Toten und welche Zerstörung diese Hubschrauber bei den Zivilisten im Irak verursacht haben. Als ich las und hörte, wie Menschen von den Maschinengewehren zerfetzt oder von den Hellfire-Raketen regelrecht in Stücke gerissen wurden, und erfuhr, wie Gebäude und Infrastruktur zerstört wurden, begann ich mich zu schämen für das, was ich da tat. Es war ein widerliches Gefühl, mir eingestehen zu müssen, dass ich im Grunde Tag für Tag am Abschlachten von stolzen Menschen beteiligt war.

Der zweite Kampf um Falludscha ist ein markantes Beispiel dafür, welche Zerstörung diese und andere Waffen unter der Bevölkerung anrichten können. Ich glaube, dass die Apache-Hubschrauber für einen bedeutenden Teil der getöteten Zivilisten im Irak verantwortlich sind, deren Zahl zuletzt auf 500.000 geschätzt wurde. Ich bin beschämt, dass ich an diesen abscheulichen Handlungen beteiligt war, und ich schwöre, dass ich diesen Fehler niemals mehr machen werde.

Als ich zur Armee ging, legte ich den Schwur ab, „die Verfassung der Vereinigten Staaten gegen alle Feinde im Ausland oder im Land selbst zu stützen und zu verteidigen". Nach meiner Verlegung in den Irak begann ich mich aber zu fragen, ob das, was ich dort tat, wirklich meinem Eid entsprach. Viele Monate lang habe ich nach den Gründen für die Kriege im Irak und in Afghanistan und für das, was das US-Militär in diesen Ländern tut, geforscht. Ich kam zu dem Schluss, dass beide Invasionen nach dem US-Recht und auch nach internationalem Recht illegal waren. Wir haben Nationen zerstört, führende Persönlichkeiten getötet, Häuser geplündert, gefoltert, entführt, gelogen und nicht nur die Bürger und führenden Politiker der feindlichen Staaten, sondern auch die unserer Verbündeten manipuliert. Ich kann nicht mehr mit gutem Gewissen weiter Dienst in der US-Armee leisten.



Foto. www.Connection-eV.de

Das US-Militär bietet denjenigen keine Möglichkeit der Entlassung an, die davon überzeugt sind, dass man sie in einen illegalen Krieg schickt, die aber glauben, dass angemessene Gewalt gelegentlich notwendig ist. Ich musste wählen: Entweder musste ich meine Überzeugung ignorieren oder das Militär unerlaubt verlassen. Für mich war der richtige Weg eindeutig: Ich musste das Militär verlassen.

Es passt vielleicht, dass ich gerade in Deutschland Asyl beantrage, dem Land, in dem vor 60 Jahren die Nürnberger Prozesse begannen. Eines der wichtigsten Prinzipien, auf die diese Verfahren sich stützten, war, dass niemand sein Handeln damit rechtfertigen kann, er habe lediglich Befehle befolgt. Wenn ich in der US-Armee geblieben wäre und weiter an den Kriegen in Irak und Afghanistan teilgenommen hätte, könnte ich nicht rechtmäßig argumentieren, ich hätte nur meinen Job gemacht. Hier in Deutschland wurde festgestellt, dass jede und jeder, auch eine Soldatin oder ein Soldat, die Verantwortung für ihre und seine Handlungen übernehmen muss, ganz gleich, wie viele Vorgesetzte die Befehle dazu gegeben haben.

Ich rechne damit, dass das US-Militär versuchen wird, mich wegen Desertion zur Vermeidung gefährlicher Dienstpflichten in Kriegszeiten anzuklagen. Wenn ich dieses Vergehens schuldig gesprochen werde, hat das US-Militär gemäß den geltenden Vorschriften das Recht, mich zum Tod zu verurteilen. Dennoch traf ich die Entscheidung, die ich für richtig halte.

Es gibt viele Deutsche, die die Kriege im Irak und in Afghanistan rechtswidrig und unmoralisch nennen. Es ist nur logisch, daraus zu folgern, dass die an diesen Kriegen beteiligten Soldaten ebenfalls rechtswidrig und unmoralisch handeln. Die Frage ist nun, ob Deutschland den Soldatinnen und Soldaten, die sich diesen Kriegen verweigern, zur Seite stehen und Asyl gewähren wird.

Barack Obama wird im Januar der nächste Präsident der Vereinigten Staaten werden. Er betrieb seinen Wahlkampf mit der Botschaft der Veränderung und hat erklärt, dass er den Irakkrieg beenden will. Wiederholt sagte er, dass er als Präsident die Truppen vom Irak nach Afghanistan verlegen wird. Das aber ist nicht mit Verständnis gegenüber denen zu verwechseln, die sich weigern, an einem illegalen Krieg teilzunehmen.

Ich glaube nicht, dass es eine Amnestie geben wird, bevor beide Konflikte beendet sind. Mehr noch, Robin Long, der sich als Soldat unerlaubt von der Truppe entfernt hatte, wurde kürzlich aus Kanada in die USA abgeschoben. Dort sitzt er nun im Militärgefängnis. Herr Obama hat weder die Absicht erklärt, die Doktrin von Bush zu ändern, noch erkennen lassen, dass er die Regierung von Bush für ihren Teil der kriminellen Aktivitäten rechtlich zur Verantwortung ziehen will. Sein Stillschweigen sagt viel über seine Position gegenüber den Verweigerern aus.

Mehr Informationen über Military Counseling Network www.mc-network.de und Connection e.V. www.Connection-eV.de

Erklärung von André Shepherd vom 27. November 2008. Übersetzung: Rudi Friedrich und Thomas Stiefel ■

„Heldengedenken“ in Essel

Essel. Stunden nachdem die Esseler Vereine am Volkstrauertag 16.11.08 auf dem Soldatenfriedhof Essel den Kriegstoten gedacht haben, zelebrierten 32 Neonazis aus Niedersachsen und Ostvorpommern ihr sog. „Heldengedenken“. Eine Woche später, am 23.11.08, scharten sich fast 50 Alte und Junge dort zum wiederholten Male um ehemalige Kämpfer der Waffen SS.

Während die Polizei am 16.11.08 die Nazi-Kameradschaften nur in Dreier-Gruppen auf den Friedhof ließ, pochten die alten SSler am 23..11.08 auf ein angebliches Hausrecht. Ganze zwei Polizisten in Zivil beobachteten die Szenerie aus Entfernung. Drei Mitglieder einer Studentenverbindung aus Hannover verwehrten vermeintlichen Nazigegnern den Zutritt zum Friedhof.

Am Volkstrauertag hatte der Celler Nazi-Führer, NPD-Landtagskandidat und Anmelder für den Nazi-Marsch am 1. Mai 2009 in Hannover, Dennis Bührig, der Waffen-SS gedankt und gefordert: „Ihr Opfer unser Auftrag“. Er beschwerte sich, dass „den Kindern Tag ein Tag aus eingeredet wird, dass ihre Großeltern Verbrecher gewesen seien“ und er ließ zum Schluss das Treuelied der SS recht kümmerlich absingen. „Düütsche Deerns“ in langen blauen Röcken, z.T. mit Zöpfen, legten wie die Kameradschaft „Snevern Jungs“ Gestecke ab mit Schleifenaufdruck „In stolzer Trauer“. Der Kranz der „Kameradschaft 73 Celle“ trug den Aufdruck „Den gefallenen Helden beider Weltkriege“.

Sieben Tage später versammelten sich fast 50 Alte und Junge, aus Hannover, Celle, Soltau-Fallingbostel und Münster auf dem Soldatenfriedhof. Manche Kfz-Kennzeichen lassen auf rechte Gesinnung schließen: ...88, ...U 880, ...JN.., .. AH .., .. 818.

Ein alter Kämpfer der HIAG (Traditionsorganisation der verbotenen Waffen SS) gedachte „der Gefallenen verschiedener Waffengattungen, auch dem Reichsarbeitsdienst und der Waffen-SS“, wie er ausdrücklich betonte. Als wäre Kadavergehorsam selbstverständlich, hob der Redner gleich zwei mal hervor, dass die Soldaten „getreu ihrem Fahneneid fürs Vaterland“ gefallen seien.

Die Verbrechen der Waffen-SS verschweigend sagte der Uneinsichtige: „Bei den Bombenangriffen (auf Deutschland) wurden erbarmungslos Männer, Frauen und Kinder getötet“. Während der schwarz-geschleifte Kranz mit dem Aufdruck „Die Kameraden der HIAG Hannover“ abgelegt wurde, erklang das militaristische Lied vom „Guten Kameraden“, geblasen von einem kyfhäuserähnlich Gekleideten. Am Ende trompetete er den „Zapfenstreich“.

Ein anderer alter Waffen-SSler dankte den jungen Leuten, die bei der Gedenkfeier dabei waren. Er fügte hinzu, dass das Gedenken sehr kurz sei, um nicht weiter „behelligt“ zu werden.

Die drei Burschenschaftler waren bereits lange zuvor am Ort. Als die alten Waffen-SSler und ihre, teils sehr jungen, Freunde sich herzlich begrüßten, wiesen sie auf vermeintliche politische Gegner in einem Pkw hin. Woraufhin pelzbemantelte alte Frauen, SS-Kämpfer und Verbindungsstudenten ihre Ablehnung direkt vor den Pkw-Scheiben vollführten. Die drei Burschis, die sich als Sicherheitstruppe aufspielten, fuhren als Letzte weg.



Kameradschaften und „Düütsche Deerns“ in Essel gedenken unter Führung von Dennis Bührig. Foto: recherche-SFA

Zur Erinnerung: In den Kampf um den Aller-Brückenkopf wurden am 11.4.1945 Marine-Soldaten, Reichsarbeitsdienst und Waffen-SS geschickt. Viele, gerade erst 17-Jährige, sind in Essel begraben. Jahrzehntelang fanden hier gemeinsame Gedenkfeiern von alten und jungen, deutschen und flämischen Nazis und Militaristen gemeinsam mit örtlichen Vereinen und der Gemeinde Essel statt. Als Mitte der 1970er Jahre Pastor Dreyer auch der KZ-Opfer und der Menschen der Sowjetunion gedachte, geleitete ihn der Esseler Schützenverein vor Schlägen der Nazis schützend, vom Friedhof. Seit dem findet das Gedenken getrennt statt.

1983 macht die „Reservistenkameradschaft Wehrsport Buchholz/Aller“ in Bundeswehruniform den Nazis Ehrbezeugungen. Die Gewerkschaftsjugend hält ein Transparent „Verbot der HIAG Waffen SS“. Das Tuch wird zerrissen. Alte Männer und Frauen schlagen und treten kräftig zu. 1984, 1985 und 1986 verhindern breite politische und norddeutschlandweite Demos das braune Treiben gleich für viele weitere Jahre.



Der Kranz der Gemeinde Essel am 23.11.08 eingerahmt von Nazi-Propaganda Foto: recherche-SFA

Einmal taucht noch die FAP auch. Als später die HIAG Waffen-SS wiederkehrt, haben ihre schwarzen Kranzschleifen keinen Aufdruck. Seit einigen Jahren kommen die alten SSler plus Freunde einen Sonntag später und bleiben zuerst unentdeckt. Am Volkstrauertag 2007 überrumpeln und schlagen Kameradschaften aus Celle und Hildesheim die wenigen Polizeibeamten. Über die Ereignisse der letzten Jahre ist nichts in Polizeipresseberichten, selbst 2008 ist nur in wenig Zeitungen etwas zu finden.

ein Chronist aus Essel ■

Beim Front National herrscht: Le grand Saustall

Harte Zeiten, harte Zeiten: Jetzt muss die (französische) extreme Rechte schon im Ausland nach Bewundernswertem suchen. Oder nach Erfolgsrezepten, die zu funktionieren scheinen. So klagt „Denis", der Betreiber der rechtsextremen Homepage „France42.info" (eine Webpage, die ursprünglich dem MNR von Bruno Mégret im Département Nummer 42 – Loire – zugehörte, aber seit einigen Monaten zu politischen Parteien auf Distanz ging und für eine überparteiliche „Einigung der nationalen Rechten" eintritt) bitterlich: „Warum kommt die Nationale Rechte überall in Europa voran? Und warum macht sie in Frankreich Rückschritte?" Ja, warum nur?

Auf die Frage, die er in einem Eintrag auf seinem Blog vom 30. November 2008 stellte, gibt der unermüdliche Aktivist „Denis" – dessen Texte wie üblich von französischen Rechtschreibfehlern nur so wimmeln, ausnahmslos jeder Satz ist damit gespickt – auch eine Antwort. Sie lautet: „Aufgrund ihrer Uneinigkeit, natürlich. Aber auch weil viele ihrer Köpfe sehr ‚politisch korrekt' geworden sind. Sie wagen nicht mehr laut auszusprechen, was die Franzosen leise denken." Gut, ok, es möge ja gewisse Gesetze – solche zur Strafbarkeit von Rassismus oder Antisemitismus dürften gemeint sein – geben, die ein freies Aussprechen der fraglichen Ideen mitunter verhinderten. Aber, fährt „Denis" fort, „manchmal ist es nötig, Risiken einzugehen. Die Anführer der Europäischen, vor allem aber der Deutschen, Dänischen und Italienischen Nationalen Rechten (Anm.: Großschreibung im Original) stören sich nicht daran. Ihre Äußerungen über die Islamisierung lösen wahrhafte Skandale aus, und sie gewinnen dabei am Ende."

Ausländische Modelle „en vogue"...

Dabei dürfte „Denis" sich wohl wiederum zum Teil in Illusionen wiegen, da er (neben der norditalienischen Lega Nord, die sich tatsächlich im Aufschwung befindet und in Rom in der Regierung sitzt, und den „Rechtspopulisten" von Dänemarks „Volkspartei" DFP) offenkundig auch an die verkorkste Gurkentruppe von „Pro Köln" gedacht hat. Aber das Klagelied, das er anstimmt, widerspiegelt symptomhaft den derzeitigen Zustand der extremen Rechten in Frankreich.

Auch der „rechtsintellektuelle" Think Tank des ‚Club de l'Horloge' setzt zur selben Zeit auf ausländische Erfolgsrezepte: Anlässlich seiner kommenden „Jahresuniversität", die am 6. und 7. Dezember 2008 im neunten Pariser Bezirk stattfindet (in anderen Organisationen gibt es „Sommerakademien"...), wird der illustre Club zum Thema „Der Populismus, Lösung für ein Europa in der Krise" beraten. Als Referenten eingeladen sind u.a. ein namentlich noch nicht genannter Abgeordneter des österreichischen Parlaments, der Vlaams Belang-Spitzenpolitiker Franck Vanecke sowie der – von seinem Auftritt in Köln am 20. September dieses Jahres auch dem deutschen Antifapublikum bekannte – Senator der Lega Nord, Mario Borghezio. Unter den geladenen Gästen auf dem Podium befindet sich, laut Programmankündigung, kein aktiver französischer Parteipolitiker. Allerdings tauchen zwei ehemalige Parteiaktivisten auf, die derzeit außerhalb von Parteistrukturen an der ideologischen Aufrüstung der extremen Rechten arbeiten: nämlich der Ultrakatholik Bernard Antony (früher FN, seit 2006 nicht mehr dort aktiv) sowie der aus der eher neuheidnischen ‚Neuen Rechten' kommende Jean-Yves Le Gallou (früher FN, dann seit der Spaltung 1999 „Nummer Zwei" des MNR, jetzt an der Spitze seiner Stiftung „Polemia").

Was ist kaputt?

Dies alles widerspiegelt, neben anderen Krisenphänomenen, den aktuellen Zustand der parteiförmig organisierten extremen Rechten in Frankreich.

Wie wir bereits berichteten (vgl. AN 23/2008), hat Carl Lang den Absprung gewagt und angekündigt, zur Wahl am 7. Juni 2009 eine eigene Liste im Superwahlkreis Nord/Nordwest gegen die offizielle Kandidatenliste des FN aufzustellen. Der blonde 51-Jährige hatte von 1988 bis 1995 und abermals von 1999 (nach der damaligen Spaltung der Partei in Le Pen- und Mégret-Anhänger) bis zu seinem Rücktritt vom Amt im Oktober 2005 als Generalsekretär und „Nummer Drei" firmiert. Einstmals hatte Jean-Marie Le Pen den – damals – jungen Mann, der fast seine gesamte berufliche Karriere beim FN absolvierte, als einen Musterschüler und „unseren Besten" betrachtet. Das war jedenfalls so, bevor der alternde Chef unbedingt seiner Tochter den Weg an die Spitze ebnen wollte. Nunmehr wirft Lang ihm vor, die Partei gehe von der ‚Préférence nationale' (Forderung nach „Bevorzugung der Staatsbürger", auf allen Ebenen, gegenüber Ausländer/inne/n) in ihrem Programm zur ‚préférence familiale' (Bevorzugung der eigenen Familienmitglieder) über. Diese steht aber nicht im Programm...

Aber der Hauptvorwurf ist ideologischer Natur: Marine Le Pen, so warnt der sich gern zum „Hüter des Programms" (vor allem in Sachen „Immigration") aufschwingende Carl Lang, biete aufgrund ihrer starken Ausrichtung auf die Medien keine Gewähr für „die Fähigkeit, der Diabolisierung trotzen und in der Stunde der Prüfung zusammenhalten zu können". Durch diese Worte spielt Carl Lang offen auf die Episode im Januar 2005 an, als Marine Le Pen infolge eines Interviews ihres Vaters mit dem altfaschistischen Wochenblatt ‚Rivarol' – das auch innerhalb des FN umstrittenen und vielfach als „unnütze Provokation" betrachtet wurde, und ansonsten einen Proteststurm auslöste – auf Distanz zum alten Chef ging. In dem Interview (dessen

gerichtliches Nachspiel zur Zeit stattfindet und noch nicht durch alle Instanzen hindurch abgeschlossen ist) hatte Le Pen – Vater – davon gesprochen, die deutsche Besatzung in Frankreich sei „nicht besonders inhuman“ gewesen. Daraufhin hatte Marine Le Pen, die eifrig an der „Modernisierung“ der Partei arbeitete, sich für einige Monate aus allen Instanzen der Partei zurückzogen, bevor sie wieder auftauchte und aktiv weitermachte. Dies macht Carl Lang ihr nun in dem Schreiben „an die Aktivisten des FN“, das am 21. November „exklusiv“ auf der neofaschistischen Website ‚Novopress‘ (eine Art rechtsradikales Gegen-Indymedia, steht der aktivistischen Strömung der ‚Identitaires‘ nahe) veröffentlicht wurde, zum Vorwurf.

Das Antwortschreiben Marine Le Pens wiederum wurde am 24. November ebenfalls durch ‚Novopress‘ publiziert. Darin erinnert sie u.a. daran, dass auch Carl Lang damals, Anfang 2005, eine gewisse persönliche Distanzierung zu den oben zitierten Auslassungen des Chefs habe erkennen lassen. (Damals war die Mehrzahl der Kader der Auffassung, es bringe nichts, mit Sprüchen zur „Geschichte“ zu provozieren und dadurch bereits verlorene Schlachten noch einmal zu schlagen.) Zudem richtet Marine Le Pen an Carl Lang den Vorwurf, er betreibe nur – oder nur noch – aus Gründen der Selbstversorgung Politik. Und er sei lediglich sauer, weil er sich durch den vorgeschlagenen zweiten Listenplatz (hinter Marine Le Pen) im Superwahlkreis Nord/Nordwest nicht sicher sei, wieder ins Europaparlament einzuziehen, um so finanziell aus dem Schneider zu sein. Widersprüchlich dazu ist, dass Marine Le Pen gleichzeitig einem Vorwurf Carl Langs widerspricht, der darauf hinausläuft, man habe ihn materiell zu korrumpieren versucht: Denn falls er den angebotenen zweiten Listenplatz (hinter Marine) annehme, so behauptete Carl Lang in seinem Offenen Brief, habe man ihm „zwei Jahre volle Bezahlung angeboten“. Unwahr, gibt Marine Le Pen zurück, man habe ihm lediglich eine „Absicherung, bis Du die Rente durch hast, und für den Fall Deiner Nichtwahl (ins Europaparlament)“ angeboten. Offenkundig wurde also schon durchaus mit materiellen Versprechen operiert. Und die „politischere“ Vorgehensweise bei dem Streit scheint jene Carl Langs gewesen zu sein.

Lang konnte dabei offenkundig einen Gutteil der Parteifunktionäre und Aktivisten in seiner Region (Nord-Pas de Calais), und darüber hinaus in dem zur Europawahl zu bildenden „Superwahlkreis“ Nord/Nordwest, mit sich ziehen. So sind 10 (nach anderen Angaben auch 12) von insgesamt 16 bisherigen Regionalparlamentariern des FN in der nordfranzösischen Regionalhauptstadt Lille entweder ausgetreten oder jüngst ausgeschlossen worden. In der Nachbarregion Normandie, die zum selben „Superwahlkreis“ bei der EP-Wahl zählt, trat der gesamte DPS („Abteilung Schutz und Sicherheit“), also der von Kritikern oft als paramilitärisch bezeichnete Ordnerdienst, aus dem FN aus und „stellte sich Carl Lang zur Verfügung“.

Von derzeit sieben amtierenden Europaparlamentariern des FN sind nun drei aus der Partei ausgetreten und drohen mit konkurrierenden Listen: Carl Lang im Norden/Nordwesten wird durch den Normannen Ferdinand de Rachinel – den früheren Drucker der Partei, der aus finanziellen Motiven mit ihrer Führung im Sommer dieses Jahres im Gerichtsstreit lag – unterstützt. Und in Montpellier, also im Superwahlkreis Südwest, wird als Dritter im Bunde der Steuerrechtsprofessor und langjährige Parteivorständler Jean-Claude Martinez ebenfalls eine rivalisierende Liste aufstellen. Der 63-Jährige saß schon als Abgeordneter in der FN-Fraktion der französischen Nationalversammlung, die nur unter dem Verhältniswahlrecht 1986-88 existiert hat. Martinez plant auch, Verbündete in allen anderen acht Superwahlkreisen zu finden, um jeweils konkurrierende Listen aufzustellen.

Im Südosten könnten Lang (und de Rachinel) einerseits, Martinez andererseits einen gewichtigen Verbündeten gefunden haben. Dort plant Jacques Bompard, der letzte verbliebene rechtsextreme Rathauschef in Frankreich, seinerseits eine rechtsextreme Liste in Konkurrenz zu jener des FN aufzustellen. Bompard war im September 2005 aus dem FN aus- und im November 2005 der Kleinpartei „Bewegung für Frankreich“ (MPF) des nationalkonservativen Katholiken de Villiers beigetreten. Trotz seines Übertritts zur Partei de Villiers, der sich eher als „Befestiger des rechten Rands“ dem bürgerlichen Lager und Regierungsblock anbietet, blieb Jacques Bompard jedoch weiterhin auf offen rechtsextremen Positionen. Ob er in der Villiers Partei verbleiben wird oder aber sich selbstständig macht, etwa im Zuge der Herausbildung einer rechtsextremen Bündnisliste, ist im Augenblick wohl eine offene Frage.

Unterdessen wird die Rumpfpartei Front National weiterhin durch Abgänge, oder drohende Abgänge, schwergewichtiger Funktionsträger erschüttert. Am Montag, 17. November hatte das „Exekutivbüro“ (die höchste Führungsinstanz des FN) Carl Lang und Jean-Claude Martinez auf Antrag des Chefs hin „von ihren Mitgliedsrechten suspendiert“. Das bedeutet, dass sie sich nicht öffentlich auf ihre Mitgliedschaft beim FN berufen, dessen Namen oder Parteiprogramm nicht für ihre Zwecke benutzen dürfen. Es wird jedoch kaum Unklarheit darüber gelassen, dass die nächste Etappe der Ausschluss sein wird, was nur noch eine Frage der Zeit sein dürfte. Bei der darauffolgenden Sitzung, eine Woche später, legte dann der Vorsitzende der Pariser Parteisektion – Martial Bild – sein Amt nach neun Jahren nieder. Bild war seit Jahren derjenige, der bei öffentlichen Auftritten der Partei (Aufmärsche, Versammlungen) auf der Bühne die Ankündigungen tätigen durfte. Offiziell hat sein Rücktritt aber nur „persönliche Gründe“, wie er in einer Erklärung versicherte, welche die Marinisten eilfertig auf ihrer Webpage NPI veröffentlichten, um zu unterstreichen, es gebe „keinerlei Anlass zur Polemik“. (NPI: „Nationspresse.info“, das quasi-offizielle Verlautbarungsorgan des Lagers rund um Marine Le Pen, das zum Teil die frühere parteinahe Wochenzeitung ‚National Hebdo‘ – seit dem Frühjahr 2008 bankrott – ersetzt hat.)

Auf derselben Sitzung der obersten Instanz des FN am 24. November „bot“ allerdings auch Bruno Gollnisch, der Vizepräsident des FN und theoretisch gleichberichtigte „Nummer Zwei“ neben Marine Le Pen seinen sofortigen Rücktritt an. Dieser wurde jedoch durch Le Pen und die versammelten Leitungsmitglieder ausgeschlagen. Gollnisch erklärte sich daraufhin bereit, sein Amt weiterhin zu führen. Es handelt sich also um eine Art Vertrauensfrage. Allerdings hat Gollnisch, der als notorisch konfliktscheu und (gegenüber Jean-Marie Le Pen) autoritätsergeben, aber zugleich als großer Rivale seiner Tochter Marine im Ringen um den Vorsitz gilt, sich in Interviews zur Sache geäußert. Darin erklärt er mit reichlich fatalistischem Ton, er selbst sei zwar gegen rivalisierende Listen, doch Lang und Martinez seien seine Freunde. Er, Gollnisch, habe „versucht, die widerstreitenden Parteien einander anzunähern, aber vergeblich“. In Regionalzeitungen in Lyon – wo er ansässig ist – fuhr er fort, er könne „diese Kameraden (Carl Lang und Martinez) angesichts des Kontexts ihrer Kandidaturen schwerlich verurteilen“. Und er, Gollnisch, habe „eine politische Analyse, die mir von Jean-Marie und Marine Le Pen nicht in Gänze geteilt zu werden scheint“. Allerdings glaube er noch an eine „mögliche Aussöhnung“ (vgl. http://www.leprogres.fr/infosdujour/rhone/1058656.html). An anderem Ort hatte er auf die Frage hin, ob er seine Kandidatur im Superwahlkreis „Ost“ – rund um Lyon – zur EP-Wahl auch danach aufrecht erhalte, geantwortet: „im Moment“.

Sollte Gollnisch, der jedenfalls innerhalb der eigenen Partei Konflikten notorisch ausweicht, nun doch einen Abgang (und sei es nur aus bestimmten Funktionen) vollziehen, dann bricht endgültig ein Gutteil des Apparats zusammen. Denn die innerparteilichen Opponenten gegen den Aufstieg Marine Le Pens, gerade unter den alten Aktivisten und den höherrangigen Kadern, hatten Gollnisch bislang noch als ihr „Bollwerk“ gestützt. Alternativ aber bestünde die Möglichkeit, dass der Aufstieg der gefürchteten „Modernisiererin“ Marine Le Pen doch noch gestoppt wird. Durch einen, „kalten“ oder nicht, Putsch der alten Kader beispielsweise.

Bernhard Schmid, Paris ■

In den AN 25 wird es einen Artikel zu weiteren Reaktionen der extremen Rechten auf Obamas Wahlsieg geben.

Landeshauptstadt München fordert Abschaffung der Flüchtlingslager

München. Der Sozialausschuss hat in seiner Sitzung vom 13.11.08 gefordert, „die regelmäßige Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften zu beenden und statt dessen den Einzug in normale Wohnungen zuzulassen.“

Seit Monaten ist die Forderung nach Schließung der Flüchtlingslager in der öffentlichen Debatte, selbst der neue Staatsregierungspartner FDP fordert deren Abschaffung. Doch die CSU mauert weiter und argumentiert, gerade in München wären keine Wohnungen zu finden, deshalb wären gerade dort Flüchtlingslager weiter nötig. Der Sozialausschuss des Münchner Stadtrats setzte dieser Argumentation nun ein Ende. Trotz der Schwierigkeiten mit der Versorgung von Flüchtlingen mit Privatwohnungen in München beschloss er in seiner Sitzung vom 13.11.2008 einstimmig: „Der Herr Oberbürgermeister wird gebeten, sich an den Herrn Ministerpräsidenten und die Landtagsfraktionen zu wenden mit dem Ziel, die regelmäßige Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften zu beenden und statt dessen den Einzug in normale Wohnungen zuzulassen.“

Der Bayerische Flüchtlingsrat ist hoch erfreut über diese Unterstützung seiner Forderung nach Abschaffung der Flüchtlingslager. „Wir hoffen, dass wir mit dieser zusätzlichen prominenten Unterstützung unsere Forderung durchsetzen können und es den 8400 Flüchtlingen, die derzeit in 140 Lagern leben, ermöglicht wird, schnellstmöglich menschenwürdige Wohnungen beziehen zu können, wie das in anderen Bundesländern längst Realität ist“, kommentiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats, den Beschluss.

Quelle: Pressemitteilung, 14.11.2008
www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Aufnahme irakischer Flüchtlinge nur im EU-Verbund

Berlin. Das Ergebnis der Innenministerkonferenz ist so zwiespältig wie im Frühsommer: Eine Aufnahme irakischer Flüchtlinge wird von einer EU-Entscheidung in der nächsten Woche abhängig gemacht. Immerhin: Im Rahmen einer europäischen Lösung wird Deutschland sich beteiligen. Und: Die Hilfe soll nicht von der Haltung der irakischen Regierung abhängig gemacht werden, so der IMK-Vorsitzende Schönbohm.

Aktueller Zwischenstand für die dringend schutzbedürftigen Irakflüchtlinge z.B. in Jordanien und Syrien: Noch immer sind sie im Gespinst der Zögerlichkeiten zwischen EU, Mitgliedsstaaten und den deutschen Innenministern als föderalen Bauchrednern gefangen. Bundesinnenminister Schäuble steht im Wort. Im Frühjahr hatte er die Aufnahme der ersten Irakflüchtlinge bis Herbst avisiert, jetzt muss er schon Tempo machen, wenn die Ersten noch in diesem Jahr kommen sollen. PRO ASYL hält das für nötig.

Inakzeptabel ist die von der IMK beschlossene ausschließliche Konzentration auf die Aufnahme irakischer Christen. Es gibt weitere Minderheiten und schutzbedürftige Individuen, die genauso dringend eine neue Heimat brauchen. Christen gehören ohne Zweifel zu denen, deren Situation am dramatischsten ist. Ein Aufnahmeprogramm nach dem Motto „for christians only“ kann es gerade nach christlichem Glaubensverständnis nicht geben. Nicht nur das Gleichnis vom barmherzigen Samariter belegt, dass Konfession und Herkunft kein taugliches Kriterium ist, wenn geholfen werden muss.

PRO ASYL schätzt, dass allein der kurzfristige Bedarf an Aufnahmeplätzen für Irakflüchtlinge, die nicht mehr in ihr Herkunftsland zurückkehren können, in der Größenordnung von mehreren Zehntausend liegt. Mittel- und langfristig gesehen liegt der Bedarf noch wesentlich darüber. Eine EU mit 500 Millionen Einwohnern kann und muss hier einen wesentlichen Beitrag leisten.

PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V.
Presseerklärung 21. November 2008 ■

Keine Abschiebungen von Roma und anderen Minderheiten in den Kosovo

Hannover/Potsdam. Am Donnerstag, den 20. November überreichten Vertreter des Vereins der Roma-Lehrer für Schulbildung und Kultur aus dem Kosovo e.V. und von Romane Aglonipe e.V. der Innenministerkonferenz in Potsdam eine Petition, die am 3. Oktober dieses Jahres auf einer Versammlung von Roma in Deutschland verabschiedet wurde (wir berichteten). In dieser Petition wird ein sicherer Aufenthaltsstatus für die Roma gefordert, die vor dem Krieg aus dem Kosovo nach Deutschland geflüchtet waren.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. unterstützt ausdrücklich diese Petition und fordert die Innenminister des Bundes und der Länder auf, Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo, wie Roma, Ashkali und „Ägyptern“ endlich ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren. Knapp zehn Jahre nach dem Kosovokrieg leben immer noch rund 34.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo ohne festen Aufenthaltsstatus in Deutschland.

Nachdem der kosovarische Premierminister Thaci ein EU-gefördertes Programm zur Unterstützung der Rückkehr und Reintegration von Flüchtlingen vorgestellt hat und überdies UNMIK aus dem Kosovo abzieht, ist zu befürchten, dass der Druck auf die Kosovoflüchtlinge erhöht wird, Deutschland zu verlassen.

Die Situation im Kosovo ist für Minderheitenangehörige jedoch immer noch katastrophal, wie z.B. Pro Asyl feststellt: Roma und Ashkali sind vom Arbeitsmarkt



Hamburgs Innensenator Ahlhaus zum Abschiebeminister 2008 gewählt

Die „Jugendlichen Ohne Grenzen“ starteten am 19. 11. ihre Proteste für Bleiberecht und Legalisierung mit einem Galaabend. Der darin verliehene Negativpreis für den schlimmsten Innenminister ging in diesem Jahr an Christoph Ahlhaus (CDU). „Der Hamburger Innenminster hat sich diesen Preis redlich verdient: Europaweite Sammelabschiebungen von Flüchtlingen und die schlimmste Ausländerbehörde Deutschlands sind sein Verdienst“, erklärten die „Jugendlichen ohne Grenzen“.

faktisch ausgeschlossen. Ihre ehemaligen Häuser sind oftmals zerstört, oder eine Rückkehr in die Häuser ist auf Grund veränderter oder ungeklärter Eigentumsverhältnisse unmöglich. Im Ergebnis leben Roma und Ashkali oftmals in Slums und ernähren sich vom Betteln. Die Menschenrechtslage ist noch im Juli dieses Jahres vom Kosovo Ombudsmann Hilmi Jashari als „nicht zufriedenstellend" bezeichnet worden.

Angesichts der immer noch bedrohlichen Situation im Kosovo und vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung, die Deutschland durch die Ermordung von 500.000 europäischen Sinti und Roma während der NS-Zeit trägt, ist es nach Ansicht des Flüchtlingsrates Niedersachsen angezeigt, endlich einen Schlussstrich zu ziehen und den Roma, Ashkali und „Ägyptern" aus dem Kosovo einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutschland ohne weitere Auflagen und Bedingungen zu erteilen.

gez. Sigmar Walbrecht, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., PM v. 20.11.2008 ■

Katastrophale Umsetzung der Bleiberechtsregelung für lange geduldete Flüchtlinge

Hamburg setzt auch unter der CDU/GAL-Regierung weiter auf eine Flüchtlingspolitik der Abschiebung und Abschreckung. Am 24. November um 19:15 Uhr laden die stellv. Fraktionsvorsitzende der GAL-Hamburg, Antje Möller, und der Justizsenator Till Steffen (ebenfalls GAL) zu der Informationsveranstaltung „aktuelle Innen- und Flüchtlingspolitik der GAL-Fraktion" ein. Diese Veranstaltung fällt zeitlich zusammen mit der Beantwortung der Großen Anfrage (Drucksache 19/1348) der Fraktion „Die Linke" zur Umsetzung der Bleiberechtsregelung 2006/2007 für lange geduldete Flüchtlinge in Hamburg durch den Senat. Aus der Antwort geht hervor, dass zum Stichtag 1. Nov. 2008 von der Ausländerbehörde Hamburg nur 1043 von insgesamt über 8515 lange in Hamburg lebenden Flüchtlingen (Stand: 30.09.2006 / Stichtag der Bleiberechtsregelung) eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben. Das sind nicht einmal 13%. Damit bildet Hamburg zusammen mit Berlin das Schlusslicht der deutschen Bundesländer bei der Umsetzung der Bleiberechtsregelung. Andere Bundesländer weisen laut Bundestagsanfrage (BT16/9586) wesentlich höhere Zahlen auf: z.B. Hessen (34%), BW(28%), NRW (26%), Bayern (22%).

Diese Zahlen sind die direkte Folge einer auf Abschreckung und Abschiebung ausgerichteten Flüchtlingspolitik, die auch unter GAL Verantwortung konsequent fortgesetzt wird. Effektive Mittel dieser Politik sind: • die Neuorganisation der Hamburger Ausländerbehörde. Zu der gehört: – die Zusammenlegung der zentralen Erstaufnahme und Abschiebeabteilung in der Sportallee; örtlich zwischen Abschiebehaftanstalt und Flughafen gelegen, – Zugangsverweigerung vor Ort durch den privaten Sicherheitsdienst, Untätigkeit und Rechtsverweigerung durch die Sachbearbeiter – die Schaffung eines Stabes für die Koordination europäischer Sammelabschiebungen.

• die rigide Durchsetzung von Abschiebungen u.a. ohne Rücksicht auf den Schutz der Familie, wie im Fall Grigorjan
• Fortsetzung der Auslagerung von Flüchtlingen in die zentrale Erstaufnahme Horst/Nostorf nach Mecklenburg-Vorpommern
• Vorführung von Flüchtlingen vor dubiose Delegationen, wie unlängst aus Sierra Leone, deren „Verwaltungshandeln" nach neuesten Recherchen offensichtlich eingekauft wird.
• Beibehaltung des ursprünglich von der GAL abgelehnten Schülerregisters mit Zugriff u.a. der Ausländerbehörde mit der Folge einer erheblichen Abschreckung.

Zurecht wurde der Hamburger Innensenator Ahlhaus im Rahmen der IMK in Potsdam von dem Zusammenschluss von Flüchtlingsjugendlichen „Jugendliche ohne Grenzen" zum „Abschiebeminister des Jahres 2008" gekürt.

Café Exil, Flüchtlingsrat Hamburg ■

Keine Abschiebung von Flüchtlingen nach Syrien!

Aufruf zur Demonstration in Berlin Mittwoch, 10.12.2008, 13 Uhr am Brandenburger Tor (Platz des 18. März)

Bis zu 7.000 syrischen Flüchtlingen droht die Abschiebung. Die meisten von ihnen sind KurdInnen. Der Grund: Am 14. Juli 2008 haben der deutsche Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble und der syrische Innenminister Bassam Abdelmajid ein bilaterales Rückübernahmeabkommen unterzeichnet. Dessen erklärtes Ziel ist es, die Abschiebung der „Ausreisepflichtigen" möglich zu machen. Diese Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Folterstaat Syrien ist skandalös. Die Unterzeichnerorganisationen fordern deshalb:

Keine Abschiebungen von KurdInnen nach Syrien! Keine Nutzung des Rücknahmeabkommens für diesen Zweck!

Die „Rückführung" syrischer Flüchtlinge ist unverantwortlich. Syrien ist ein Folterstaat, in dem elementare Menschenrechte nicht zählen und jede politische Opposition brutal unterdrückt wird. Berichte zahlreicher namhafter Menschenrechtsorganisationen zur Lage der Menschenrechte in Syrien sprechen eine deutliche Sprache: Drohungen, Belästigungen, Vorladungen zum Verhör, Berufsverbote, Ausreiseverbote, willkürliche Inhaftierung, unfaire Prozesse, aber auch körperliche Gewalt, sind Mittel der Regierung, Druck auf KritikerInnen auszuüben. Zu den systematisch unterdrückten und verfolgten Gruppen gehören v.a. demokratisch orientierte Oppositionelle, MenschenrechtsaktivistInnen und politisch aktive KurdInnen.

Die Menschenrechtssituation hat sich seit 2006 erneut verschlechtert. Mit Verhaftungswellen reagierte das Regime auf Erklärungen der Opposition, die einen demokratischen und nationalen Wandel forderte. Nicht nur unzählige Verhaftungen waren die Folge, auch Familienangehörige und Verwandte von Inhaftierten wurden von den Sicherheitsdiensten belästigt und eingeschüchtert. Die Liste der Personen mit Ausreiseverbot wurde maßgeblich erweitert. Wer nach Syrien abgeschoben wird, muss angesichts dieser Sachlage mit Gefängnis und Folter rechnen, unter Umständen auch um sein Leben fürchten. Ohne Kontakt zur Außenwelt werden Menschen nach willkürlicher Verhaftung durch die Geheimdienste lange Zeit ohne Anklageerhebung inhaftiert. Nach Schätzungen sitzen 2.500 bis 3.000 politische Gefangene ohne Verfahren in Haft. Folter durch die Geheimdienste ist an der Tagesordnung.

Besonders problematisch ist der Artikel 2 des Rücknahmeabkommens, der auch die Rückführung „Staatenloser" ermöglicht. Hiervon ist insbesondere die kurdische Bevölkerung betroffen, die in Syrien seit Jahrzehnten extremer staatlicher Repression ausgesetzt ist. In Folge einer Sondervolkszählung im Jahre 1962 wurde 150.000 Kurdinnen und Kurden die Staatsbürgerschaft entzogen. Diese Gruppe, welcher staatsbürgerliche und politische Rechte (wie beispielsweise das Wahlrecht, das Recht auf Erwerb von Land und Immobilien oder das Recht auf staatliche Anstellung) vorenthalten werden, umfasst nach Schätzungen von Menschenrechtsgruppen heute etwa 300.000 Personen. In Deutschland leben ca. 28.350 syrische Staatsangehörige. Ca. 7000 Personen gelten als ausreisepflichtig. Die überwiegende Mehrheit dieser Menschen sind Angehörige der kurdischen Minderheit. Das Abkommen ermöglicht außerdem auch die Abschiebung anderer ausreisepflichtiger Flüchtlinge, wenn sie nachweislich über Syrien nach Deutschland eingereist sind.

Die kurdische Bevölkerung in Syrien wird seit mehr als einem halben Jahrhundert unterdrückt und diskriminiert. Der Präsidialerlass 49 vom 10. September 2008 stellt den vorläufig letzten Akt der Diskriminierung dar. Dieser Erlass untersagt den BewohnerInnen der syrischen Grenzregionen, Grundbesitz zu kaufen, zu verkaufen oder an gesetzliche Erben zu übertragen. Da es sich hierbei zum größten Teil um kurdische Gebiete handelt, leidet die kurdische Bevölkerung am meisten unter den Folgen. Der Erlass erhöht nicht nur die Arbeitslosigkeit in der Region, die zur Zeit bei ca. 70 % liegt, er sorgt auch für eine Verschlechterung der

Situation der kurdischen Bevölkerung in Syrien. Dies könnte zur Folge haben, dass noch mehr Kurdinnen und Kurden versuchen werden, nach Europa zu flüchten. Der Präsidialerlass macht deutlich, was abgeschobene KurdInnen in Syrien zu erwarten hätten, selbst wenn sie Haft und Folter entgehen sollten: Entrechtung, Ausgrenzung, Chancenlosigkeit.

Am 10.12.2008 in Berlin am Brandenburger Tor gegen das deutsch-syrische Rücknahmeabkommen demonstrieren!

Unterstützer/innen: Gemeinsames Arbeitskomitee der syrischen Kurden in Deutschland, Khabat â – Kurdisches Komitee zur Beobachtung des deutsch-syrischen Rücknahmeabkommens, YASA e.V. â – Kurdisches Zentrum für Juristische Studien und Beratungen, Gemeinde der Kurden aus Syrien in Berlin/Brandenburg, PRO ASYL, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern, AK Asyl Rheinland-Pfalz, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Ökumenische Ausländerarbeit Bremen

Quelle: flucht@nds-fluerat.org ■

Ministerkonferenz EU-Afrika zu Migration und Entwicklung

Am 25. November beraten mehr als 80 Delegationen aus Europa und Afrika über ein mehrjähriges Kooperationsprogramm in den Bereichen Migration und Entwicklung. Die EU hofft, den afrikanischen Teilnehmern mit einer Mischung aus Druck und Anreizen nahe bringen zu können, was sie als Gesamtansatz zur Lösung der Migrationsfrage vertritt: die legale Einwanderung einiger weniger Erwünschter und die Mitwirkung afrikanischer Staaten am Ausbau der Wälle der Festung Europa. Mit dem Modebegriff der „zirkulären Migration“ soll eine neue Ära der alten Gastarbeiterpolitik mit Rückkehrzwang eingeleitet werden. Durch die Unterzeichnung von Rückübernahmeab kommen für „illegale Migranten“ – auch Drittstaatsangehörige – sollen die afrikanischen Staaten ihre Kooperationsbereitschaft bekunden, Flüchtlinge und Migranten im EU-Auftrag möglichst weit vor Europas Grenzen zu stoppen. Ein ernsthaftes Bemühen der EU, Fluchtursachen z.B. durch den Verzicht auf Agrar- und Fischereisubventionen zu beseitigen, ist nicht zu erwarten.

Die Entwicklungshilfeorganisation medico international und die bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL lehnen diesen Ansatz als Eurozentrismus in partnerschaftlichem Gewande ab. „Die Menschenrechte von Flüchtlingen bleiben dabei ebenso außer Acht wie Migrations- und Fluchtursachen. Es geht nicht um die Rechte von Migranten, sondern um einen Handel zwischen Staaten: Beteiligung an der Abschottung gegen Gratifikationen in Form von ein paar Visa für selektive Immigration und entwicklungspolitischen Mittelflüssen“, kritisiert Martin Glasenapp von medico international. Der Diskurs über Migration und Entwicklung wird von den Innenpolitikern dominiert. Medico und PRO ASYL sprechen sich vehement gegen die Koppelung von Entwicklungshilfemitteln und Rückübernahmeabkommen aus.

Die Praxis der letzten Jahre zeigt, dass in den EU-Staaten die Bereitschaft wächst, das Modell der Abschottung der Außengrenzen zu exportieren und sich zunehmend paramilitärischer Methoden zu bedienen. „Die Land- und Seemissionen der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX sind ein schlagendes Beispiel dafür, dass die EU beim Versuch, die totale Kontrolle über Migrationsbewegungen zu erzwingen, kaum Skrupel kennt“, so Bernd Mesovic von PRO ASYL. Die EU-Südgrenze wird vor der Küste Mauretaniens ebenso „geschützt“ wie, nach den Plänen der EU, Libyens Südgrenze in der Sahara. Menschenrechtsverletzende Regime sind dabei Partner.

Der Versuch der EU, ihre Grenzen außerhalb Europas über fremde Territorien zu ziehen, muss gestoppt werden. FRONTEX hat nichts zu suchen in Afrika.

Quelle: PRO ASYL u. medico international Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V. – PM 24.11.2008 ■

Euro-afrikanischer Gipfel zur Migrationspolitik in Paris:

Erheblicher Druck auf Auswanderungsländer. Mali verweigert Erpressung

Die französische Ratspräsidentschaft, die am 31. Dezember dieses Jahres zu Ende geht, wird ihn sich als einen ihrer Verdienste ans Revers heften: den Euro-afrikanischen Gipfel zur Migrationspolitik, der am Dienstag, 25. November 2008 in Paris stattfand.

Schon zuvor hatte die französische Ratspräsidentschaft im Laufe ihrer sechsmonatigen Amtszeit die Einwanderungspolitik zu einem ihrer Schwerpunktthemen erhoben. Daraus resultierte u.a. der „Europäische Pakt zu Migration und Asyl“, der am 15. Oktober 2008 durch die in Brüssel versammelten Staats- und Regierungschefs der Union abgesegnet worden ist. (Anstatt, wie ursprünglich vorgesehen war, durch einen eigenen zweitägigen Gipfel am 13./14. Oktober in Paris debattiert und beschlossen zu werden. Damals schien die Finanzkrise dringlichere Prioritäten vorzugeben, so dass der ursprüngliche Terminkalender über den Haufen geworfen wurde.) Ihm folgte am 3. und 4. November 2008 der „Integrationsgipfel“ der Europäischen Union. Auch hier ging es um den Umgang mit Einwanderern, und Präsident Nicolas Sarkozy sowie sein Minister „für Zuwanderung und nationale Identität“ Brice Hortefeux hatten sich als Austragungsort dafür geschmackvoller Weise Vichy ausgesucht.

Von Vichy nach Calais

Bei dem ganzen Gipfeltheater zeichnete sich ein Herangehen ab, das sich auf den Punkt „Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen“ bringen lässt. Zusammenfassend bedeutet das, dass einerseits immer dichtere Integrationsmaßnahmen für die „legal“ in Europa lebenden Einwanderer beschlossen werden – die aber auch verschärften Druck beinhalten, wie etwa die Aufforderung zur Absolvierung von Sprachkursen oft schon im Herkunftsland von Migrationswilligen sowie zur Aneignung von „Kultur und Geschichte“ des jeweiligen „Aufnahmelands“. Auf der anderen Seite werden Abschiebe- und „Entfernungs“maßnahmen für die „ungesetzlichen“ respektive unerwünschten Immigranten intensiviert, und die jeweiligen nationalen Praktiken zwischen den Mitgliedsländern „harmonisiert“.

Sinnfälliger konkreter Ausdruck dieses Bestrebens sollte der gemeinsame britisch-französische Sonderflug zur Abschiebung einer größeren Zahl afghanischer Staatsbürger/innen (in aller Regel Kriegsflüchtlinge) aus beiden Ländern werden. Am 8. November hob das Flugzeug aus London ab, und ursprünglich sollte es im nordfranzösischen Calais oder in Paris Station machen. Dort, in der Umgebung des Ärmelkanals, harren zahllose afghanische und irakische Flüchtlinge auf Gelegenheiten zur Überfahrt auf die britischen Inseln – wo der Arbeitsmarkt noch relativ „aufnahmefähig“ sein soll, d.h. (infolge der „Deregulierung“) zahlreiche, aber in aller Regel schlecht bezahlte und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse „bietet“. Auch aus sprachlichen Gründen zieht es Afghanen und Iraker – die, als Spätfolge der Aufteilung der Welt während der Kolonialära, meist Englisch als erste Fremdsprache lernten – eher auf die britischen Inseln denn nach Frankreich, das ihnen als Durchreiseland dient. Nachdem das frühere Durchgangslager des Roten Kreuzes in Sangatte, das ihnen als faktische Anlaufstelle diente, 2002/03 auf gemeinsamen Beschluss des französischen (damals Sarkozy) und britischen Innenministers hin geschlossen wurde, irren die Flüchtlinge durch die Wälder und übernachten auf öffentlichen Plätzen. In jüngs-

ter Zeit häufen sich Festnahmen in Wild-West-Manier. 57 in Calais und Dunkerque festgenommene Afghanen sollten so, per gemeinsamem britisch-französischem Abschiebeflug, in Richtung Kabul zurückgeschickt werden. (Vgl. http://www. nordlittoral.fr/actualite/Faits_divers/Faits_divers/article_841238.shtml)

Dagegen machten jedoch eine Reihe von NGOs und Vereinigungen der „Zivilgesellschaft“ entschlossen Front. Unter ihnen die protestantische Hilfsorganisation CIMADE – die im Zweiten Weltkrieg jüdischen Menschen die Ausreise oder Flucht ermöglichte und sich heute v.a. um Asylsuchende kümmert –, der GISTI (eine in Paris ansässige Rechtsberatungsgruppe für Immigranten), die „Association Salam“, die am Ärmelkanal Nahrungsmittelverteilung und humanitäre Betreuung für die Flüchtlinge übernimmt, oder die grüne Europaparlaments-Abgeordnete Hélène Flautre. Sie verwiesen auf das warnende Beispiel des Afghanen Mohammed Hussein, dessen Asylantrag in Australien abgelehnt worden war und der kurz nach seiner Ankunft in Afghanistan enthauptet wurde. (Vgl. http://abonnes.lemonde.fr/societe/article/2008/11/07/mobilisation-contre-l-expulsion-d-afghans-sans-papiers_1115843_3224.html) Dennoch liefen die Vorbereitungen zunächst auf Hochtouren; Gerüchten zufolge sollte der afghanische Konsul am 7. November in der nordfranzösischen Abschiebehaftanstalt Coquelles auftauchen, um „seine“ Staatsbürger zu identifizieren und ihnen gültige Reisedokumente (einen diplomatischen „Passierschein“) auszustellen. Unterdessen geriet die „Association Salam“ unter Druck, eines ihrer Mitglieder wurde bei der alltäglichen Arbeit mit afghanischen Flüchtlingen (vorübergehend) festgenommen. Aber war am Ende der Druck doch stärker, oder gab es zwischenstaatliche Probleme, welche die Tätigkeit des Diplomaten erschwerten? Jedenfalls verzichtete Frankreich am Ende auf seine Teilnahme an dem Abschiebeflug. Der Flieger machte weder in Calais noch in Paris Station.

Euro-Afrikanische Ministerkonferenz

Nun also der euro-afrikanische Regierungsgipfel zur Migrationspolitik. Er sollte ursprünglich am 22. Oktober in Paris stattfinden, wurde dann aber auf den 25. November 2008 verschoben. Auch hier hatte die Finanzkrise den Kalender durcheinander gewirbelt. An dem Gipfel nahmen insgesamt nicht weniger als 80 Regierungsdelegationen teil: Der afrikanische Kontinent zählt 53 Staaten, und die Europäische Union 27 Mitliegsländer. Es war die zweite Konferenz dieser Art, die Folgekonferenz eines ersten Gipfeltreffens, das 2006 in der marokkanischen Hauptstadt Rabat stattgefunden hatte.

Einer der Hauptgegenstände des interkontinentalen Gipfels war es, den afrikanischen Herkunftsländern von (in Europa unerwünschten) Immigranten so genannte Rücknahme-Abkommen schmackhaft zu machen. Im „Tausch“ gegen bestimmte Unterstützungszahlungen oder „Entwicklungshilfe“ sollen die afrikanischen Staaten sich zur Entgegennahme von Abgeschobenen aus Europa sowie zur guten Zusammenarbeit bei der Ausstellung diplomatischer „Passierscheine“ durch ihre Konsulate verpflichten. Oder aber es winken ihnen relativ vorteilhafte Anwerbeabkommen für eine begrenzte Zahl von Arbeitskräften – als Träger/innen bestimmter, im Augenblick auf dem europäischen Arbeitsmarkt besonders nachgefragter Qualifikationen. Von der Anwerbung solcher ausgewählter, mit mehr oder minder „raren“ oder gesuchten Qualifikationen ausgestatteter Arbeitskräfte sollen die afrikanischen Regierungen sich Überweisungszahlungen in deren Herkunftsländer versprechen. Allerdings ist dies eine Milchmädchenrechnung, denn die weniger „privilegiert“ behandelten, auch die „unerwünschten“ Zuwanderer suchen ja abhängige Beschäftigungsverhältnisse – und auch von ihren Überweisungen leben mitunter halbe Familien oder Dorfgemeinschaften. (Nicht, dass es sich dabei um ein Patentrezept für die Überwindung struktureller „Unterentwicklung“ in den betroffenen Ländern handeln würde. Denn dieser Wirtschaftsfaktor „Geldtransfer von Migranten an ihre Familien“ schafft und vertieft Ungleichheiten innerhalb der betreffenden Gesellschaften. Aber solange der „ungleiche Tausch“ im Nord-Süd-Verhältnis und besonders in Afrika – d.h. Plünderung von unverarbeitet abtransportierten Rohstoffen gegen magere Devisenzahlungen an notorisch korrupte Regimes, die jeweils der Selbstbedienung einer schmalen Klientel dienen – fortdauert, bleibt dies ein wichtiger „Entwicklungsfaktor“. Zumal diese „privaten“ Geldtransfers eine globale Höhe aufweisen, die mindestens drei mal so hoch liegt wie die offizielle „Entwicklungshilfe“...)

Bislang bestehen solche Abkommen vor allem auf bilateraler, zwischenstaatlicher Ebene, besonders zwischen Frankreich oder Spanien einerseits und einer Reihe vorwiegend westafrikanischer Staatsführungen andererseits. Nunmehr plant Marokko, das bereits mehrere solcher Vereinbarungen unterzeichnet hat, den Abschluss eines globalen Abkommens solcher Art mit der Europäischen Union – vertreten durch die Brüsseler Kommission – im Laufe des Jahres 2009. An solchen „Modellfällen“ sollten die Teilnehmer der euro-afrikanischen Regierungskonferenz sich nun ein Beispiel nehmen. (Vgl. dazu die Erklärung des „Netzwerks MigrEurop“, die von „gefährlichen Abkommen“ spricht: http://www.gisti.org/spip.php?article1291)

Just in den Stunden vor der Eröffnung des Pariser Gipfels schloss Frankreich ein weiteres solches bilaterales Abkommen mit den Kapverdischen Inseln. Es wurde am 24. November in Paris vom französischen Minister Brice Hortefeux sowie dem kapverdischen Außenminister, José Brito, unterzeichnet. Das wichtigste dieser Abkommen, das eine Verpflichtung zur „Rücknahme“ unerwünschter Immigranten aus Frankreich sowie die Anwerbung von 1.500 ausgesuchten Arbeitskräften im Senegal betrifft, schlossen die französische und die senegalesische Regierung im Februar 2008. Allerdings ist es derzeit noch nicht anwendbar, da es noch seiner Ratizifierung durch das französische Parlament harrt. Und dort soll es im bürgerlich-konservativen Lager noch gewisse „passive Widerstände“ gegen die vom Hortefeux-Ministerium gezielt verfolgte Politik der „ausgewählten Zuwanderung“ geben.

Ein Land hat nun dem mächtigen Druck, den Frankreich entwickelte, um am Tag des Gipfels über „vorzeigbare Ergebnisse“ verfügen – und den anderen Protagonisten die „Methode“ schmackhaft machen – zu können, vorerst widerstanden. Seit nunmehr zwei Jahren hatte Frankreich subtilen oder unsubtilen Druck auf die westafrikanische Republik Mali ausgeübt, finanzielle Erpressungs- und Anlockmanöver durchgeführt usw., um sie zur Annahme zu bewegen. Nun hat die Regierung in Bamako (eine von insgesamt zwei demokratisch gewählten Regierungen in der französischen postkolonialen Einflusszone in Nord-, West- und Zentralafrika, die rund 20 Länder umfasst) das ihr „vorgeschlagene“ Abkommen jedoch explizit ausgeschlagen. Es hätte am 25. November, am Rande des euro-afrikanischen Gipfels, unterzeichnet werden sollen; demnach hätte der Anteil jener durch Frankreich unerwünschten Migranten, denen das malische Konsulat in Paris während der Dauer ihrer Abschiebehaft (in Frankreich beträgt ihre zulässige Höchstdauer derzeit 32 Tage) gültige Reisedokumente ausstellt, von 30 auf 60 % verdoppelt werden sollen. Mali sagte jedoch „Njet“. (Vgl. http://www.lemonde.fr/web/imprimer_element/0,40-0,50-1122838,0.html) Es handelt sich um eine positive Nachricht, auch wenn es ansonsten dabei bleibt, dass auch Mali vorläufig eine „gute“ Zusammenarbeit mit den französischen und anderen Behörden bei der Auswahl der „guten“ und der Zurückweisung der „schlechten“ Immigranten betreibt. Erst vor einigen Wochen wurde in Bamako das internationale Zentrum CIGEM eröffnet, das der Auswahl und Anwerbung ausgesuchter Arbeitskräfte – nach Qualifikation, Gesundheitszustand usw. sortiert – unmittelbar vor Ort dient.

Bernhard Schmid, Paris ■

Zum Euro-Afrikanischen Gipfel vgl. ansonsten noch folgende Dokumente:

Die Abschlusserklärung (auf Französisch): http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/Declaration_finale_-_Conference_de_Paris__FR_.pdf

Einen deutschsprachigen Artikel auf der Webseite ‚German foreign policy', der einige brauchbare weiterführende Informationen enthält: http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57405

Sonderheft DER SCHLEPPER: „Fluchtgrund Naher Osten"

Begleitend zu den Kulturwochen Nahost, die im November in Kiel und anderen Orts in Schleswig-Holstein stattfanden erschien als Herbstausgabe des Flüchtlingsrats-Magazins „Der Schlepper" das Sonderheft „Fluchtgrund Naher Osten". Zahlreiche AutorInnen geben weit über den üblichen Debattenmainstream hinaus Einblicke in Politik und Gesellschaft im Vorderen Orient. Die Hälfte der im Jahr 2007 in Deutschland gestellten Asylanträge betraf Flüchtlinge aus dieser Region. Auch in Schleswig-Holstein stehen Länder des Nahen Ostens ganz oben auf der Liste der Hauptherkunftsländer der hier Schutz suchenden Flüchtlinge. Selbst die Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder wird sich am 20. und 21. November in Potsdam besonders mit dem Irak befassen, wo Chaos, Kriegs- und Attentatsgewalt ohne Ende Millionen von Flüchtlingen reproduzieren, und die Minister werden die Aufnahme von irakischen Flüchtlingskontingenten erörtern.

Aber gute Gründe vertreiben die Menschen nicht nur aus dem Irak: In Ägypten herrschen 54 Familien und eine korrupte Polizei und garantieren mit Regimekritikern regelmäßig gut gefüllte Gefängniszellen. In Syrien erfoltert sich eine Familiendiktatur seit Anfang der 1970er Jahre die Loyalität von Kurden, Kommunisten, Islamisten, Palästinensern oder Menschenrechtlern. Im Libanon wird die Bevölkerung aufgerieben im Machtkampf schiitischer Milizen und christlicher Maroniten. In Palästina degenerieren israelische Besiedlungspolitik und Einmauerung der besetzten Gebiete sowie innerpalästinensische Machtkämpfe systematisch die sozialen Fundamente der Gesellschaft.

Das Magazin „Fluchtgrund Naher Osten" gibt jedoch auch Einblicke in einen anderen Vorderen Orient. Zahlreiche Beiträge berichten von denjenigen, die den Spiralen von Machtmissbrauch, Korruption und Gewalt ihr Engagement entgegenstellen. Frauengruppen und Menschenrechtler demonstrieren vor Gefängnissen, Ärzte versorgen die Opfer, Journalisten demaskieren die Herrschaftslügen, Dorfgemeinschaften üben zivilen Ungehorsam, Kulturschaffende weisen Kindern und Jugendlichen einen Weg ohne Gewalt.

Bestellungen: Das 100seitige Heft „FLUCHTGRUND NAHER OSTEN" kann über die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V. bestellt werden: T. 0431-735000, office@frsh.de



HINTERLAND MAGAZIN – Ausgabe #9 am Start!

SCHWERPUNKT: arbeit, arbeit, arbeit

- Ex Austria: „Außerlandesbringung" auf Österreichisch
- „Jetzt werden wir alle umgebracht": der Münchener Mordprozess zum Gebirgsjäger-Massaker in Falzano di Cortona 1944
- Neues aus der Tierwelt: Warum sind Heuschrecken coole Säue?
- Body Count: ARI zählt die Toten der deutschen Flüchtlingspolitik
- Aufstand der „Gastarbeiter": Streiks bei BMW 1972

104 Seiten Protest und Analyse zu Arbeit und Migration.

Fördermitglieder des Bayerischen Flüchtlingsrats und AbonnentInnen erhalten die Ausgabe #9 in den nächsten Tagen. InteressentInnen können die Ausgabe unkompliziert und direkt über

www.hinterland-magazin.de

bestellen.

Wir haben sie gefragt...

Unter der Federführung des AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. und dem Caritasverband für die Stadt Köln e.V./ Antidiskriminierungsbüro wurde im Zeitraum 2007 - 2008 an ausgewählten Kölner Haupt-, Gesamt-, Berufsschulen und Gymnasien eine explorative Studie über Diskriminierungserfahrungen von Schüler/innen beim Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung durchgeführt.

Die 183 befragten Jugendlichen, 72 davon mit Migrationshintergrund, hatten bei der Befragung die (seltene) Gelegenheit, über ihre persönlichen Einstellungen und individuellen Diskriminierungserfahrungen zu berichten. Die Auswertungsergebnisse sowohl der Befragung als auch die der Interviews mit den Lehrer/innen sind in der vorliegenden Broschüre von Expert/innen wie Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning, Prof. Dr. Paul Mecheril, Dr. Claudia Lohrenscheit und Mario Peucker kommentiert und durch Beiträge von Anne Kobes und Jürgen Becker ergänzt worden. Die Broschüre soll einen Beitrag dazu leisten, mehr über die (subjektiven) Diskriminierungserfahrungen von Schüler/innen mit Migrationshintergrund beim Übergang von der Schule in eine Lehrstelle zu erfahren.

Download unter: http://www.noemat.de/Oegg_Caritas/Studie_ADB_Caritas_final_druck.pdf Kostenlos zu bestellen über AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. Keupstraße 93, 51063 Köln, info@oegg.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minus-kel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Spendenkampagne für die Antifaschistischen Nachrichten

1560,- Euro sind bisher eingetroffen, 2000 Euro bis Jahresende sind das Ziel! Wir hoffen auf Eure Unterstützung.

Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50 KtoNr. 10419507

Volksgenossen, gesundes Volksempfinden und Ausmerzen landfremder Diebe

Nation & Europa, Nov./Dez.-2008

„Pro Köln“, die Kölner Rechtstruppe mit ihren Anhängseln „Pro NRW“ und „Pro Deutschland“ versuchen zwar immer noch, den von zehntausenden Antifaschist(inn)en am 19. und 20. September verhinderten „Anti-Islamisierungs-Kongress“ als großartigen Sieg zu verkaufen, doch zumindest Teile der Rechten haben einen realistischeren Blick. In der Jahresendausgabe von „Nation & Europa“, die im November traditionell als Doppelnummer erscheint, macht *Bernd Radtke* einen „Zwischenruf nach den Kölner Ereignissen“, den er „Volk oder ‚Idee‘“ nennt. Radtke scheint von den Ereignissen reichlich desillusioniert worden zu sein:

„Im Moment ist es nicht mehr als eine vage Ahnung: ‚Köln‘ – die turbulenten Ereignisse rund um den Anti-Islamisierungs-Kongreß im September 2008 – könnte eine Art Zäsur sein.... Ein Einschnitt aber genauso in dem Sinn, daß man sich über die ‚rechte‘ Mobilisierungsfähigkeit selbst bei einem so populären Anliegen keine Illusionen mehr machen muß“. Radtkes vorgebliche Illusionslosigkeit aber geht weit über die Frage der Mobilisierungskraft hinaus: „Dennoch hat sich gerade in Köln so deutlich wie kaum je zuvor die Frage gestellt: Was ist nur los mit diesem Volk, das an allem, was nur ein wenig ins Über-Persönliche weist, so gänzlich desinteressiert scheint? Lohnt sich der Einsatz für ein solches Volk überhaupt noch?... Erkennen wir in denen, die uns tagtäglich auf den Straßen und Plätzen, in Geschäften und öffentlichen Verkehrsmitteln begegnen, noch die ‚Volksgenossen‘? Oder sind uns nicht die, denen unsere politische Arbeit eigentlich gilt, zunehmend fremd? In ihrem Erscheinungsbild, ihren Bedürfnissen, ihrem Gleichmut?“

Radtkes politische Identitätskrise scheint so tief zu gehen, dass er aus der Not eine Tugend macht zu geistigem Unterschlupf beim italienischen Rechtstheoretiker Julius Evola und dessen aristokratischer Volksverachtung sucht: „Auf der einen Seite steht eine Masse, bei der, abgesehen von wechselnden Gefühlen, immer mehr oder weniger dieselben elementaren Instinkte und dieselben an die physische und hedonistische Ebene gebundenen Interessen wirken werden. Auf der anderen Seite stehen Menschen, die sich völlig von den ersteren unterscheiden, da sie Träger einer ganzen Legitimität und Autorität sind, die sich aus der Idee und der strengen überpersönlichen Treue zu ihr ergibt. Die Idee und nur die Idee darf für sie das echte Vaterland sein. Nicht daß sie von demselben Land kommen, dieselbe Sprache sprechen oder desselben Blutes sind, sondern, daß sie derselben Idee angehören, muß für sie dasjenige sein, was sie eint oder trennt.“ Für völkische Nationalisten, und die meisten Leser(innen) von N&E hängen vermutlich einem völkischen Nationalismus an, dürften solche Aussagen, die auf die Propagierung einer antidemokratischen, faschistischen Internationale hinauslaufen, starker Tobak sein.

Gegen Verzweiflung am „eigenen“ Volk, dass sich in Köln gemeinsam gegen Rechts gestellt hatte, helfen sie allemal: „Evolas Sätze lohnen das Nachdenken. Ein erster empirischer Befund ist jener, daß das ‚Volk‘ und Evolas ‚Masse‘ heute nahezu deckungsgleich sind. Zwar gibt es noch Reste eines ‚gesunden Volksempfindens‘, wie die Ergebnisse von Meinungsumfragen immer mal wieder zeigen. Doch es gibt kaum noch ein Bewußtsein, das über die Grenzen des Individuellen hinausreicht, es gibt keine ‚Volksgemeinschaft‘ mehr und vor allem keine Handlungsfähigkeit einer solchen, geschweige denn eine erkennbare Erneuerungskraft“. Nebenbei: Entlarvend für Radtkes Geisteshaltung, dass er die Terminologie der Nazis ohne jede Scheu benutzt – die An- und Abführungszeichen dienen wohl nur dem Schutz vor dem Staatsanwalt.

Auch *Dr. Angelika Willig* ist vom Volk, genau genommen von dessen geistigen Fähigkeiten nicht sonderlich überzeugt. In ihrem Beitrag „Kalkül oder politische Leidenschaft: Wozu Demonstrationen?“ geht sie mit dem Volk recht ungnädig um: „Um sie wirkungsvoll auf die Straße zu tragen, sollten politische Anliegen eine gewisse Komplexität nicht übersteigen.... Doch was soll man von einer politischen Parole halten, die mit ‚wenn‘ operiert? Sätze mit ‚wenn‘ sind für 50 Prozent der Bevölkerung nachweislich zu hoch“. Das ist auch eine Art, seine Meinung von den Menschen kund zu tun.

Nur wenige Seiten weiter lässt sich *Ulf Köster* über „Ein Schimpfwort und seine Bedeutung: Populismus – Segen oder Fluch?“ aus. In diesem Zusammenhang geht es ihm u.a. um die Frage der Demokratie: „Volksnähe ist der herrschenden Klasse und ihren Deutungsgehilfen offenbar ein Greuel. Man hält sich für intelligenter und kompetenter als die Wählerschaft und sieht in Volkes Stimme nicht mehr Gottes Stimme (‚Vox populi vox Dei‘), sondern spottet: ‚vox populi vox Rindvieh‘. Politiker, die sich der standesspezifischen Verrachtung für den Normalbürger verweigern, werden in die Schmuddelecke gedrängt und als Links- oder Rechtspopulisten geschmäht“. Es fragt sich, wie es da mit seinen Co-Autoren aussieht, die die Bevölkerung als dumme Masse ansehen, bestellt ist.

Karl Richter über den Schriftsteller Botho Strauss, der für ihn „nach 15 Jahren aktueller denn je“ ist. Die Zeitangabe fünfzehn Jahre bezieht sich auf die Veröffentlichung der elitär-rechten Programmschrift „Anschwellender Bocksgesang“ im „Spiegel“. Richter beginnt seinen Beitrag mit der Geschichte der Heimkehr des Odysseus und zeigt dabei auf, wes Geistes Kind er ist: „Es ist eine Ur-Szene nicht nur der abendländischen Literatur, sondern, wenn man so will, auch der abendländischen Politik, der Nachwelt vermacht aus einer Zeit vor aller Philosophie, als Politik noch ganz das war, was sie ihrem Wesen nach ist: das Unterscheiden zwischen Eigenem und Fremden, Freund und Feind. Da der heimkehrende Odysseus der Schar landfremder Diebe allein gegenübersteht, wäre Verhandeln fehl am Platz. So muß er sie ausmerzen, um die Ordnung im Eigenen wiederaufzurichten“.

Landfremde Diebe müssen ausgemerzt werden, um die Ordnung im Eigenen wiederaufzurichten: Das ist nicht nur die Sprache des Unmenschen, wenn man ihn lässt, wird es auch seine Politik. Im September in Köln wurde diese Sprache verhindert – wir sollten überall dafür eintreten, dass dieses Beispiel Schule macht.

tri ■